

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII, Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 10. März 1937

Nr. 59

Tschechoslowakische Abordnung nach Spanien

Prag, Mittwoch, den 10. März, fliegt eine Abordnung tschechoslowakischer Politiker und Journalisten zu einer politischen Studienreise nach Spanien. An ihr beteiligen sich:

Ernst Paul (Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei),
Abg. Kemeč (Tschechoslowakische Arbeiterpartei),
Abg. Richter (Tschechoslowakische nationalsozialistische Partei),
Stadtrat Hlil (Tschechoslowakische christliche Gewerkschaften),
die tschechoslowakische sozialdemokratische Publizistin Pašáková,
Redakteur Dlabáč (Ed. Roviny).
Die Abordnung wird sich 14 Tage in Spanien aufhalten.

Anfangserfolge der neuen Franco-Offensive

Madrid. Der Ausbruch für die Verteidigung teilt mit: Nach heftigen Kämpfen an der Guadalupe-Front, die den ganzen Tag anhielten, wurden die republikanischen Abteilungen von dem zahlenmäßig und an technischen Mitteln stärkeren Feind angegriffen. Die republikanischen Abteilungen waren gezwungen, auf die Stellungen zwischen Coslido und Pera zurückzugehen, wo der Sperrriegel der Luftabwehr zum Einstand gebracht wurde.

Bei dieser neuen Offensive der Aufständischen spielte, wie festgestellt wurde, die Mitwirkung großer italienischer Abteilungen eine wichtige Rolle. Zwei von den Fiat-Werken gebaute Tanks sind in unsere Hände gefallen. Auch haben wir einige Soldaten italienischer Nationalität gefangen genommen.

An der Madrider Front und an der Jarama-Front waren keine bedeutenderen Operationen zu verzeichnen.

Das Hauptquartier der Reichsarmee der Regierung meldet: Im Abschnitt Aramojona leichtes Artilleriefeuer. Bei Santander nichts von Bedeutung. Im Abschnitt Escampero unternahm der Feind um 4 Uhr morgens einen Angriff mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften. Heftig war auch der Angriff auf Pando, denn die Aufständischen setzten dort starke Kontingente ein, denen es gelang, bis zu den Schützengräben vorzudringen. Dort aber wurden sie durch unser Maschinengewehrfeuer begünstigt. Der Feind mußte in Unordnung zurückweichen, wobei er viele tote auf dem Kampfplatz zurückließ. Jeder Versuch des Feindes, dem belagerten Obispo Hilfe zu bringen, scheitert.

Valencia. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, mit welchem der bisherige Leiter der spanischen Gefandtschaft in Prag, der sozialistische Abgeordnete Kammerpräsident und Professor der internationalen Rechte an der Madrider Universität, **Rimenez de Asua**, zum ordentlichen bevollmächtigten Gesandten Spaniens in Prag ernannt wird.

100.000 Streikende in der amerikanischen Autoindustrie

Detroit. Nachdem die Leitung der Chrysler-Autoindustrie sich geweigert hatte, die Gewerkschaft als alleinigen Ansprechpartner beim Abschluß kollektiver Lohnverträge anzuerkennen, hat die vereinigte Autoarbeiter-Gewerkschaft in sämtlichen Chrysler-Fabriken mit etwa 67.000 Arbeitern den Streik ausgerufen. Gleichzeitig sind 50.000 Arbeiter der Hudson-Motorgehäufwerke sowie 7000 Arbeiter verschiedener General-Fabriken in den Aufstand getreten. Von der neuen Streikwelle in der Autoindustrie sind bisher über 100.000 Arbeiter und Angestellte erfasst worden.

Streik in Le Havre

Le Havre. Das Personal aller im Hafen vor Anker liegenden Schiffe verlangt eine Erhöhung der Löhne und insbesondere die Durchsetzung der 40stündigen Arbeitswoche. Die Streikenden haben die Ausfahrt der Schiffe unmöglich gemacht.

Blums Verteidigungsanleihe mit 470 gegen 46 Stimmen angenommen

Paris. Die Kammer verhandelte Dienstag den Regierungsvoranschlag betreffend die Finanzmaßnahmen, die die Ausschreibung der Nationalverteidigungsanleihe ermöglichen sollen.

Der Entwurf enthält drei Artikel. Der erste berechtigt den Finanzminister, zur Sicherung der Nationalverteidigung eine Anleihe auszusprechen. Für die Anleihe wird die freie Wahl der Einzahlung entweder in Francs oder von Pfunden oder in Dollars verbürgt. Der zweite Artikel hebt die Bestimmungen des Finanzgesetzes vom 1. Oktober 1936 über die Anleihepflicht des privaten Goldvorrates bei den Behörden auf. Der dritte Artikel gewährt den Bankinstituten und Personen Vergünstigungen, die der Bank von Frankreich Gold bereits abgeführt haben.

Der Finanzanschlag der Kammer nahm nach einer eingehenden Debatte einstimmig den Text des Regierungsentwurfes an, dem er mit Zustimmung der Regierung zwei Zusätze anfügte. Der erste Zusatz sieht vor, daß die ganze Nationalverteidigungsanleihe nur zur Sicherung der Nationalverteidigung dienen wird, in dem zweiten Zusatz heißt es, daß die Regierung nicht das Recht hat, eine etwaige Währungskontrolle anzuordnen, wenn sie dazu nicht vorher die Zustimmung des Parlamentes erhält.

Der Hauptberichterstatter des Finanzanschlusses **Schmidt** empfahl, daß die Kammer durch eine rasche Verabschiedung die Auflage der Anleihe im gesamtationalen Interesse ermöglichte.

Gegen Abend hielt Ministerpräsident **Blum** eine kurze Ansprache.

Er präziserte die Bedeutung der Finanzbeschlüsse des Ministerrates vom vergangenen Freitag und sagte, daß diese Beschlüsse nichts an den

Haupttrichlinien der Politik der Volksfrontregierung ändern. Die Regierung ist sich der Dringlichkeit der Arbeiten für die Sicherstellung der Staatsverteidigung bewußt. Sie wendet sich mit dem dringenden Ersuchen an das Parlament, heute durch einen einstimmigen Beschluß zugunsten der Nationalverteidigungsanleihe der Bevölkerung ein gutes Beispiel zu geben.

Was die Sparpolitik und den Wunsch der Regierung, einen Budgetausgleich zu erzielen, betrifft, erklärte der Ministerpräsident, daß die Volksfrontregierung von Anfang an die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Staatsbudgets und einer ebenförmigen Staatsverwaltung vertreten hat. In den Zeiten der schweren Krise war es aber nicht möglich, vorübergehend auf einem ausgeglichenen Staatsbudget zu gelangen. Nunmehr aber, da sich die Wirtschaftslage untrübblich gebessert habe und fast normal geworden sei, halte es die Regierung für ihre Pflicht, auch ein vorübergehendes Defizit im Staatsbudget auszugleichen.

Die Kammer hat die Finanzvorlage in später Nachtstunde mit 470 gegen 46 Stimmen angenommen. Etwa 80 Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Ein Änderungsantrag des Deputierten der Rechten **Louis Marin** wurde mit 367 gegen 226 Stimmen abgelehnt.

Die Vertreter der einzelnen Klubs gaben vor der Abstimmung kurze Erklärungen über die Notwendigkeit der Nationalverteidigungsanleihe ab. Der Finanzminister gab die letzten Erläuterungen.

Der Finanzanschlag des Senates ist für Mittwoch vormittags, das Senatsplenum für nachmittags 16 Uhr einberufen worden. Man erwartet, daß der Senat die Regierungsvorlage gleichfalls mit großer Mehrheit verabschiedet wird.

Waffentransport für Bilbao von den Aufständischen gekapert

London. Die britische Admiralität hat von dem britischen Torpedobootscharführer „**Chas**“, der einem angeblich im Golf von Biskaya auf hoher See in Flammen befindlichen englischen Dampfer zu Hilfe eilte, folgende Depesche erhalten: „Wir sind heute mit dem Kreuzer der spanischen Aufständischen, **„Canarias“** in Sichtsignal-Verbindung gestanden. Der Kommandant des spanischen Schiffes teilte uns mit, daß der Dampfer, den man für das britische Schiff **„Aba“** hielt, in Wirklichkeit der spanische Regierungsdampfer **„Mar Cantabrico“** ist. Ferner teilte der Kommandant mit, daß sich die Mannschaft des Dampfers **„Mar Cantabrico“** an Bord seines Kreuzers befindet. Daraus schließen wir, daß das Schiff gesunken ist.“

Der Dampfer **„Mar Cantabrico“** ist jenes moderne spanische Motorschiff, das, wie noch in guter Erinnerung ist, nur um einige Minuten über die amerikanischen Hafenbehörden bei Erlassung des Verbotes der Waffenausfuhr aus den Vereinigten Staaten flog. Der Dampfer, der im New-Yorker Hafen Waffen, Munition und Flugzeuge für die Madrider Regierung geladen hatte, verließ die amerikanischen Hoheitsgewässer in dem Augenblicke, als ihn ein amerikanisches Wachtschiff einholte, das zu seiner Anhaltung entsandt worden war.

Ergänzungswahlen in Brüssel

Van Zoeland Gegenkandidat Degroles

Brüssel. Ministerpräsident **Van Zeeland** erklärte im Abgeordnetenhause, die Regierung wolle in Ergänzungswahlen in Brüsseler Wahlbezirk nach der Demission der republikanischen Abgeordneten ein, fordere aber die dringliche Durchsetzung eines neuen Gesetzes, demzufolge zur rückwirkenden Abgeordnetens eine bestimmte Zeit hindurch nicht neuerlich kandidieren können. Der Ministerpräsident erklärte, er nehme seine Aufstellung als **„Sensandida Degroles“** an. Diese Mitteilung löste bei den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Regierten und blamierten Nationalisten lauten Beifall aus.

Die Neutralität der Schweiz

Interpellation im Berner Ständerat

Bern. Die Erklärungen Hitlers über die Anerkennung der Schweizer Neutralität gaben den Anlaß zu einer Interpellation im Ständerat, der ersten Kammer, des schweizerischen Parlamentes. Die Interpellation wurde von 40 von insgesamt 44 Mitgliedern des Ständerates unterschrieben und führt an, daß trotz der Erklärungen Hitlers in der Schweiz gewisse Zweifel ausgeht sind, da aus Äußerungen des „**Völkischen Beobachters**“ und der „**Frankfurter Zeitung**“ geschlossen werden kann, daß in gewissen Kreisen Deutschlands Gegenleistungen der Schweiz erwartet werden. Diese sollen auf dem Gebiet der Gefinnung liegen. Die Interpellation lehnt sich auf eine Möglichkeit ein, die ab und erklärt, daß etwas derartiges niemals vom Volk der freien Schweiz anerkannt werden könnte.

Bundespräsident **Motta** stellte in seiner Antwort fest, daß die Erklärungen Hitlers einen Teil einer einstündigen privaten Unterhaltung mit Motta und dem Bundesrat Schultze bildeten. Die Notwendigkeit einer Erklärung über die Neutralität der Schweiz sei nicht vorhanden gewesen. Von einem Kulturabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland sei nie die Rede gewesen. Gegenleistungen seien nicht verlangt worden und Schultze hätte sich auch nie für etwas derartiges bereitgegeben.

Mussolinis „Parlament“

verschwindet

Rom. Die Tagesordnung, die der Große faschistische Rat beschloß, zeigt ein kaltes Ende des gegenwärtigen italienischen Parlamentes an, das gegen die Vertreibung der Faschisten und Stände ausgewechselt wird. Diese Verfassungsreform wurde bereits im November 1934 angekündigt und hat bisher die vorbereitenden Schritte durchgemacht. Der definitive Antrag wird binnen zwei Monaten fertiggestellt sein. Das gegenwärtige Parlament wurde im Jahre 1934 auf fünf Jahre „gewählt“.

Aus dem Inhalt:

Eine Photomontage von der Jaksch-Versammlung in Bodenbach

Eine schöne Leistung der „Arbeiterfürsorge“

Belebung in der Porzellanindustrie

Zwei Jahre Konzentrationslager für eine Erfindung

Léon Blums NEP

W. B. Paris. Die Rückkehr der Regierung Léon Blum zum freien Handel und zur freien Währung bedeutet eine Enttäuschung für die oppositionellen Finanzkreise, welche gehofft hatten, die Volksfront würde das Land in kürzester Frist in ein System der Devisenzwangswirtschaft und der geschlossenen Grenzen hineinwandern. Damit wäre die amerikanische und englische Unterstützung, die das Kabinett in seiner Finanzpolitik in weitgehendster Nähe genießt, verloren gegangen, von den Widerständen der Radikalsocialisten ganz zu schweigen. Für eine solche ausweglose Situation, deren Herannahen die Opposition ersehnte, hielt man bereits mehrere „Netter“ in Bereitschaft, die Frankreich wiederum auf die Bahn eines veralteten, sozialen Neuerung abgewandten Kapitalismus zurückführen sollten. Diese Kombinationen wurden gründlich zerstückt. Léon Blum ging einen Schritt zurück, um bald wieder den Marsch nach vorwärts anzutreten, er hat in seiner Rundfunkrede vom letzten Samstag zu verstehen gegeben, daß durch die getroffenen Maßnahmen keine der projektierten Sozialreformen, auch nicht die großen öffentlichen Arbeiten, welche auf die Weltausstellung folgen, in Frage gestellt werden. Daraus ergibt sich, daß auch jene falschen Freunde im Inneren sind, welche die Regierung wegen ihrer „Einsicht“ oder des angeblichen Verzichts auf die Durchführung ihrer planwirtschaftlichen Bestrebungen loben möchten. Zwischen der Aufhebung des Goldausfuhrverbotes, der Einsetzung eines Kollegiums von Finanzfachverständigen und den Sozialreformen besteht tatsächlich ein Zusammenhang, der aber ein anderer ist, als ihn die Menschen von Gestern ahnen. Der zweite Teil des Reformprogramms, das bekanntlich die Fortsetzung der Rationalisierungen einschließt, ist nicht durchführbar, wenn von der Wörte her weiter eine Atmosphäre der Unruhe und Verwirrung verbreitet und wenn namentlich die kleinen Sparermasse in einen Panikzustand versetzt werden. Die Uebergangsepoche, in der es gilt die aus der Rentnertradition aber auch aus den wirtschaftlichen Machtverhältnissen erfließenden Widerstände wegzuräumen, bedarf in ihren Anfängen der Ruhe und Sicherheit in dem Sinne wie die bisher führenden Gesellschaftsklassen die beiden Worte zu verstehen pflegten. Diese Ruhe, diese Sicherheit ist auf der einen Seite nur die letzte Chance, die dem Kapitalismus gegeben wird, andererseits dient sie der planwirtschaftlichen Erziehung jener zwei bis drei Millionen Franzosen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit Anhänger der Volksfrontparteien sind, aber als Befürworter kleiner und kleiner Kapitalien in Augenblicken der Verwirrung eine Deute der Reaktion werden können. Die NEP vom 5. März 1937 hat als unmittelbare Folge, daß viele schwankende Elemente gefestigt und von neuem Vertrauen gegenüber Léon Blum erfüllt werden, somit wird sie die Umstellung der Wirtschaft, die der gegenwärtige französische Regierungschef und seine Mitarbeiter, soweit sie Sozialisten sind, keine Minute aus den Augen verlieren, nicht verhindern, sondern vorbereiten. Man hat das „Experiment Blum“ oft mit dem New Deal Roosevelt verglichen, mit dem momentanen Rückzug ergibt sich eine neue Parallele. Ebenso wenig wie Roosevelt an den Urteilen des Obersten Gerichtshofes scheiterte, wird auch Léon Blum vor der gegenwärtigen Front kapitulieren.

Die bisher gegebene Erklärung könnte uns jedoch nicht befriedigen, wenn wir nicht in Betracht zögen, daß die Regierung Blum keineswegs bloß eine Regierung ist, welche sich die Durchführung sozialer Reformen zur Aufgabe macht, sondern in der gegenwärtigen internationalen Situation eine Regierung der nationalen Verteidigung sein muß. Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig mit der Verkündung jener Maßnahmen, die uns zur Anwendung der Formel „Léon Blums NEP“ veranlassen, auch eine Anleihe aufgelegt wird, deren Erträgnisse dem Ausbau der französischen Sicherheit zu dienen haben. Hieraus sind die Wünsche der Nation zunächst gerichtet und mit welcher Berechtigung, das weiß die demokratische Welt nur zu gut. Die Regierung Blum ist die getreue Vollstreckerin des Volkswillens, denn sie ist nicht eine nationale Regierung, sondern die nationale Regierung Frankreichs, sie hat den Grundstein zu einem neuen, besseren Frankreich gelegt und damit erst Hunderttausenden ein Nationalbewußtsein gegeben, das in den Glendwoohnungen und Baracken der Pariser Vorstädte nie aufgenommen konnte, solange sich kein Hoff-

nungsdimmer, keine Möglichkeit zum Aufstieg zeigte. Da sich aber heute an den verantwortlichen Stellen des Staates Männer befinden, die die Räte der Vermittler verstehen oder sie sogar mit durchleben, fühlen sich diese Massen in Frankreich zu Hause, wissen, daß sie etwas zu verteidigen haben und finden ein positives Verhältnis zu den Fragen der Außenpolitik und der nationalen Verteidigung. Der Entwicklung der Massen entspricht auch der geistige Weg, den die Mitgliedschaft der sozialistischen Partei zurückgelegt. Daß große Teile des französischen Volkes für die Landesverteidigung moralisch reif gemacht worden sind, ist die größte nationale Tat, die in Frankreich seit Jahrzehnten vollbracht wurde. Man wird in den kommenden Wochen eine ideologische Problematisierung machen können.

Die Empfänger der kleinen Einkommen, die

Wähler der sozialistischen und der kommunistischen Partei, die Mitglieder der CGT werden zu den Reichungstellen eilen und dem Staate ihre Ersparnisse zur Verfügung stellen. Das Verhalten der Großkapitalisten hingegen ist weniger sicher. Durch die Abgabe der Goldfreizügigkeit hat man sie allerdings um jede Ausrede gebracht, sie werden sich dem Druck der öffentlichen Meinung, dem Appell, den die führenden Persönlichkeiten des Landes an sie richten, nicht entziehen können. Auch hier gilt das Wort von der letzten Chance des Kapitalismus. „Die Kapitalbesitzer“, so erklärt das Organ des linken Flügel der Radikalsocialisten „Deuxee“, „werden sich morgen nicht beschweren können, wenn die Regierung infolge ihrer Sabotage gezwungen sein könnte, wie alle Regierungen der nationalen Verteidigung, zu den drakonischsten Maßnahmen zuzugreifen.“

nen der Koalitionsparteien immer wieder abfällige Worte gegen die Emigranten fallen. Man sollte nicht vergessen, welche Wirkung diese Haltung auf unsere Freunde in der Nachbarschaft ausübt. Die politische Richtung der Emigranten wäre ein schwerer Fehler, weil schon oft politische Flüchtlinge als aktive Staatsmänner in ihre Heimat zurückgekehrt sind. O z e r r e i c h wird jedenfalls solange ein Spielball rivalisierender Interessen sein, bis die österreichische Arbeiterklasse wiederum im Besitze ihrer demokratischen Rechte ist. Dr. B e n e s hat die Tschechoslowakei als Leuchtsturm der Demokratie bezeichnet. Man soll nicht aus Angstlichkeit diesen Leuchtsturm mit Tüchern bedecken. Die Demokratie der kleinen Staaten muß sich viel mehr als bisher in das europäische Geschehen als moralischer Machtfaktor einschalten. Wir stehen positiv zur tschechoslowakischen Außenpolitik, weil wir zu ihrem absoluten Friedenswillen v o l l e s T r a u e n haben.

Wähler (Komm.) stimmte den Grundlinien der Außenpolitik zu, die auf der Verteidigung des Friedens und der kollektiven Sicherheit beruht. Er glaubt jedoch nicht, daß die Zeit der Misere vorüber sei. Das uns außenpolitisch erit das Schwere bevorsteht, geht aus dem jüngsten politischen Kurs der Genleinpartei hervor. Dr. Rogal (Nat.-Soz.) erklärt die Art, wie Genleins Entwürfe im Ausland gegen die Tschechoslowakei handeln, für unfair. Es sei überhaupt unmöglich, die SdP auf dem Boden der tschechoslowakischen Innenpolitik zu befestigen. Ihre Ziele liegen in der Außenpolitik: Die Tschechoslowakei solle sich an die Nähe Rom-Berlin anhängen. R u n d (SdP.) behauptet u. a., das Besondere recht der Minderheiten sei nicht bloß auf Petitionen beschränkt; darum sei es i c h t u n n ö t i g l i c h, daß sich die SdP bei den Garantestaaten beklage oder ihnen Informationen gebe. Die f o r m a l e L e g i t i m a t i o n D e u t s c h l a n d s hierzu ergebe sich aus dem Artikel 86 des Friedensvertrages. Am Falle R u n d h a hätten sie keine Ursache zu fürchten, daß man ihnen oder ihren Nachfolgern könnte, er habe mit Wichtigtur falsche Angaben gemacht. Letzter Redner war Genosse J a s c h. Dann wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

Außendebatte im Kammerausschuß

Die SdP scharfen Angriffen von tschechischer Seite ausgesetzt Kundt verteidigt die Auslandspropaganda der SdP

Jaksch: Der europäische Friedensblock hat bereits das Uebergewicht

Prag. Im Außenaußschuß des Abgeordnetenhauses entwickelte sich Dienstag im Anschluß an das Krofta-Exposé eine große Debatte, die sich vornehmlich mit der reichsdeutschen Propaganda gegen die Tschechoslowakei und in diesem Zusammenhang auch sehr ausführlich mit der SdP befaßte. Namentlich die Sprecher der tschechischen Nationalsozialisten, aber auch der tschechischen SdP, verurteilten die Taktik der SdP sehr entschieden.

Von unserer Fraktion sprach Gen. J a s c h.

Unser Redner ging von der Auffassung aus, daß der europäische Friedensblock nimmer ein absolutes militärisch-politisches Uebergewicht besitze. Gerade vom sudetendeutschen Standpunkte aus sei es zu begrüßen, daß sich die Ausrichtungen des Friedens in den letzten Monaten gebessert haben. Für uns als Grenzvolk würde ein Krieg nicht nur die Verletzung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen, sondern die Gefahr der p h y s i s c h e n U n s i c h e r t u n g bedeuten. Deshalb betrachten wir es als vornehmste Aufgabe, einer verbrecherischen Rührerpropaganda entgegenzutreten, die von Monat zu Monat den Einmarsch reichsdeutscher Infanteriearmeen in Aussicht stellt. Es gilt, die Illusion zu zerstreuen, daß in der Nachbarschaft jemand vorhanden sei, der aus Sympathien für die Sudetendeutschen das Risiko des Krieges eingehen möchte.

Die heutigen Nachhaber Deutschlands richten ihre Außenpolitik nicht nach der Lage der deutschen Minderheiten;

siehe Italien, Ungarn und Polen. Wir wenden uns gegen die Propaganda dunkler Kräfte, welche die sudetendeutschen Gebiete als Verd der Kriegsgefahr hinstellen wollen. Redner zitiert einen offenbar aus SdP-Kreisen stammenden, in den „S c h w e i z e r M o n a t s h e f t e n“ erschienenen Artikel, welcher behauptet, daß die kommunistische Partei bei uns die gewalttätige Eroberung der Staatsmacht vorbereite. Wenn im gleichen Zusammenhang behauptet wird, daß Deutsche Reich werde solche Entwicklungen auf die Dauer nicht ruhig ansehen können, so ist das eine ausgesprochene Kriegsgehe. Kein sudetendeutscher Politiker dürfte bei Auslandstreifen das Verantwortungsgefühl zu Hause lassen.

Genosse Jaksch richtet an die Vertreter der SdP die Frage, ob Herr Kutha einen Parteiaustrag hatte, in London zu erklären, daß die Verhandlung Genleins mit Fran nur um den Preis einer Lösung der Bündnisse mit Frankreich und Sowjet-

rußland und der außenpolitischen Hinorientierung auf Berlin zu haben sei.

Die verantwortungsbedenklichen Sudetendeutschen sollten alles vermeiden, was sie als Werkzeug fremder Interessen erscheinen läßt und sie vor der demagogisch-sozialistischen Offensivität des Westens in die Rolle eines Friedensstörers brächte.

Der nationalpolitische Fieberpakt war ein Beitrag zum europäischen Frieden. Die Hoffnungen der Entschulten sind jetzt darauf konzentriert, daß die p r a k t i s c h e Ausführung scheitern wird. Um so mehr ist es notwendig, daß sich der fortschrittliche Geist des Staatspräsidenten Dr. Benes und des Ministerpräsidenten Dr. Godja auch bei der Vortrautante und im ganzen öffentlichen Leben durchsetze.

Das wirtschaftlich-soziale Ausnahmeproblem in den industriellen Randgebieten ist von der tschechischen Politik noch nicht in seiner vollen Tragweite erkannt worden. Auch den Krisenopfern gegenüber wird vielfach ein kleinlicher und kurzfristiger Standpunkt eingenommen.

Wir wollen vor niemandem verleugnen, daß weder der tschechische noch der deutsche Arbeitslose mit den Ernährungsarten auskommen kann. Nationalistische Sympathien, die sich in Besuchen ausländischer Journalisten äußern, helfen uns nicht weiter. Wichtiger ist, daß in Zukunft mehr t s c h e c h i s c h e P o l i t i k e r und Publizisten unsere Notstandsgebiete besuchen und sich davon überzeugen, daß eine grundsätzliche Umorientierung nötig ist. Das wirtschaftlich-soziale Problem der Sudetendeutschen ist nur zu lösen im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Zentraleuropas und seiner Eingliederung in die Weltwirtschaft. Im Rahmen einer friedlichen Europäisierung haben die großen und kleinen Völker Zentraleuropas das Recht, bei den großen Kolonialmächten das

Prinzip der offenen Tür

zu reklamieren und die Möglichkeit an der wirtschaftlichen Erschließung überseeischer Gebiete erfolgreich Anteil zu nehmen.

Abschließend befaßte sich Genosse Jaksch mit den ideologischen Grundlagen unserer Außenpolitik. Die Tschechoslowakei hat ihren härtesten Rückhalt im demokratischen Westen. Eine feindselige Propaganda bekämpft uns, weil wir der letzte demokratische Staat östlich des Rheins sind. Besonders unser R u n d f u n k t sollte dazu nicht schweigen, sondern alle Möglichkeiten der berechtigten Ueberde ausnützen. Genosse Jaksch bedauert, daß auch von Red-

Von Koalitionsseite erklärte Světlík (Kölsch.), daß Deutschland offenbar eine Legitimation suche, um sich in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei einzumischen und eventuell gegen uns einschreiten zu können. Allerdings dürfte ein militärisches Einschreiten nicht geplant sein, denn bei der gegenwärtigen Situation sei die Front der demokratischen Staaten so stark, daß Deutschland unterliegen müßte. Dies sei dem deutschen Generalkonsul sicherlich klar. Der SdP sagte Světlík auf den Kopf zu, daß ihre Taktik von den Bedürfnissen der Innen- und Außenpolitik D e u t s c h l a n d s abhänge; dadurch werde unsere Verständigung mit Deutschland außerordentlich erschwert. Die Außenpolitik braucht nicht geändert zu werden, da die Selbständigkeit der Tschechoslowakei nur dann erhalten werden kann, wenn sie sich auf die westeuropäischen Großmächte und auf England stützen kann.

Ing. Jilka (Agr.), der seinerzeit für eine Umorientierung unserer Außenpolitik nach Deutschland hin Stimmung gemacht hatte, erklärte auch diesmal, die Tschechoslowakei besitze an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarn das größte Interesse; diese sei ohne politische Verständigung nicht möglich. Nach den üblichen Ausfällen gegen die Emigranten mußte er doch die deutsche Propaganda gegen die Tschechoslowakei energisch ablehnen.

Sehr scharf sprach Dr. Stranzl (Nat.-Soz.) gegen die SdP. Wenn Genleins in Aussicht u. a. R e u w a h l e n verlangt habe, die klarstellen sollen, ob die Sudetendeutschen die Zusammenarbeit der Aktivitäten mit der Regierung gutfinden, so werde die SdP vergeblich auf ein solches Plebiszit warten. An dem gemeinsamen Wert der Befriedigung könne eine Partei nicht teilnehmen, die sich diesem Wert durch den Charakter ihrer Propaganda entgegenstellt hat. Rein Deutscher, der diese Propaganda aufsteigt, könne Beamter, Angestellter oder Lieferant des Staates werden. Die Frage, ob der Bestand der SdP sich mit der Tschechoslowakei vereinbaren lasse, dränge sich so dringlich auf, daß sie ein neuer Ansporn sein werde, die P a r t e i r e g i e r u n g e n d e n t s c h i d l i c h in die Wirksamkeit umzuwandeln. Dann werde die SdP entweder eine tschechoslowakische und demokratische Partei sein oder sie werde aufhören, eine Partei zu sein.

Svobin (SdP, Soz.-Dem.) konstatiert, daß sich nach der Hitler-Rede vom 30. Jänner der Radikalismus der SdP noch weiter steigerte. Die radikalen Forderungen Genleins sind für uns nicht Neues. Es war L e i n e S ü n d e, daß die Sudetendeutschen nach dem Umsturz, als noch die Friedenskonferenz sagte, die Forderung nach Autonomie erhoben. Die Friedenskonferenz hat darauf in den Minderheitenabmachungen reagiert. Es ist überflüssig, jetzt mit den Forderungen zu kommen, die die Großmächte damals ablehnten. Heute ist der Zustand bereits überwunden, aus dem der Faschismus seine Erfolge schöpfte.

Senator Emil Špatný gestorben

Dienstag, den 9. März, ist im Weinberger Krankenhaus nach längerem Leiden der der tschechischen nationalsozialistischen Partei angehörende frühere Abgeordnete und spätere Senator Emil Š p a t n ý im 54. Lebensjahre gestorben. Špatný war vor dem Krieg der Führer der tschechischen nationalsozialistischen Jugendorganisation und hat sich insbesondere als Antimilitarist im alten Österreich mutig betätigt. Deswegen wurde er mit 45 anderen jungen Antimilitaristen im Jahre 1910 vor Gericht gestellt und ebenso wie der jetzige Abgeordnete Šabina zu zwei Jahren schweren Kerkers, verschärft durch Fasten an einem Tag jedes Monats, verurteilt. Er hat diese zwei Jahre in der Strafanstalt Pantrac abgeleistet, war aber durch die Kerkerhaft nicht gebrochen. Während des Weltkrieges setzte er seine antiosterreichische Agitation fort, wurde im Herbst 1914 verhaftet und in Böllersdorf in Niederösterreich interniert. Im Juli 1915 hielt er im Internierungslager eine Rede über G u s und wurde deswegen zu 14 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Unschuldig der Amnestie unter Kaiser Karl erlangte er seine Freiheit. Nach dem Umsturz wurde Špatný Abgeordneter und blieb es bis 1935, in welchem Jahre er in den Senat gewählt wurde. Er hat sich da insbesondere in militärischen Fragen betätigt und war Jahre hindurch Vorsitzender des Wehrsausschusses. Vor längerer Zeit bereits erkrankte er an einer Erweiterung der Herzgefäße und an einem Nierenleiden, welchen Krankheiten er jetzt erlegen ist. Seine Partei verliert an ihm einen thätigen und unerschrockenen Vertreter ihrer politischen Auffassungen. Am Senat hielt der Vorsitzbestellvertreter Donat dem verstorbenen Kollegen in der Dienstagssitzung einen herzlichsten Nachruf.

Im Senat wurde am Dienstag nach einer kurzen Debatte, in der lediglich der Gewerbetreibler P e c h m a n sprach, die Regierungsvorlage über die Erhöhung der staatlichen Exportschritte um 1500 Millionen K in erster Lesung angenommen. Pechman kritisierte, daß die in den neuen Handelsverträgen vorgesehenen Kontingente für unseren Export vielfach g a n z u n g e n ü g e n d seien. So dürfen wir nach Ungarn vier ausführen, aber das ganze Kontingent be-

Der Freund

ROMAN VON GREGOR JARCHO

„Das ist nicht wahr!“ Schon schrie er wieder. Nun war auch der Rest meiner kurzen Führung fort. Der Direktor erfuhr von mir nichts. Die Freunde aber, deren Mißtrauen dennoch stärker erregt worden war, als ich anfangs geglaubt hätte, mußten sich davon überzeugen, daß ich wirklich nicht geschwätzt hatte. Der Direktor nahm auch sie alle wieder einzeln vor. Aber ebenfalls ergebnislos.

Der Kampf zwischen ihm und uns drohte ein etwas sportliches Gepräge anzunehmen, in Bahnen zu geraten, die unseren romantischen Herzen nur einseitige Befriedigung geben konnten. Auf eine Kräftprobe kam es uns in diesem Falle bestimmt nicht an. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, daß bei der Fortführung dieses Ringens, jemand von uns — angevidert bis aufs äußerste — dem Beispiel Nikiforow folgen würde. Den Jungen, die noch so viel des Lebens vor sich haben, gilt dieses Leben meistens nicht viel. Nun, mitunter fühlen wir, daß es das Beste wäre, den Kampf mit dem Direktor irgendwie abzubrechen und beendet sein zu lassen.

Aber wie? Die Wahrheit konnten wir ihm nicht sagen. Jetzt waren wir schon gezwungen, dabei zu bleiben, daß wir nicht wußten. Andererseits war es klar, daß der Direktor, von dem großen Willen des Vaters unseres armen Freundes bedrängt, die Nachforschungen nicht aufgeben würde.

Zwei Liebesbeden waren in mir. Erstens: die Einsicht, daß der Kampf abgebrochen werden mußte, weil eine Niederlage fürchterlich werden konnte — wir riskierten alle, aus der Schule hin-

auszuspringen, und den älteren unter uns durften dann alle Wege zu den Unversitäten in Rußland versperrt bleiben. Zweitens: das Mitleid mit dem alten Nikiforow, der immer so nett zu uns gewesen war, der seinen Sohn so geliebt hatte. Um dieser Liebe wegen — von der ich zu Hause nichts zu verspüren glaubte — wir ich im Grunde nicht abgeneigt dem Manne zu helfen.

Wir, Männer, haben sogar in der Zeit, da wir am männlichsten sind — als Jünglinge — sehr viel von unseren Müttern, sehr viel Weibliches. (Die spätere Erhärtung ist wirklich nicht ein Aufstieg zum Mannestum — nein, Abstieg ist sie, Verknöcherung, vielleicht sogar Entmenschung durch das Erwerbleben.) Heute würde ich imstande sein, ein ähnliches Gefühl einfach der Not in den eilig offenen Mägen zu werfen und es zu vergessen. Damals suchte ich mich von seiner Last zu befreien, indem ich es noch tiefer in mich hineinbergte, damit es sich nicht regen, mich nicht beunruhigen sollte. Und das, glaube ich, ist der wesentliche Unterschied zwischen dem Jungen und dem alten Menschen: der junge wirft alles „über Bord“ und fängt es mitunter unbewußt mit dem Herzen auf, wo es dann sitzen bleibt, um immer wieder in feils anderer Form „über Bord“ gehorfen zu werden. Der alte Mensch dagegen sammelt alles in sich hinein, aber die Spannkraft des Herzens hat nachgelassen, wie ein Wetteilad mit dreizehn Löchern ist so ein Herz, und nichts bleibt darin haften, als der bitter schmeckende Bergicht, der sich wie Eiter an den Händen festklebt — Aber das ist ein Weibchen —

Kurz —: ich trug schwer an diesem Tage. Abends gegen acht, gleich nach dem Abendrot, war mir plötzlich ein Gedanke gekommen, eine Idee, eine Ahnung von der Möglichkeit eines Ausweges. Ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür als „Erleuchtung“, und wenn ich auch dieses Wort stets mit einem Lächeln begleite, so finde ich doch kein Besseres, kein — nun ja — treffenderes. Im Augenblick eines plötzlichen Klarsehens folge ich auch jetzt noch völlig widerstandslos der

Eingebung — wieder so ein Wort! —, und kann nachher meist feststellen, daß ich gut daran getan habe. Noch hemmungsloser, noch eindeutiger gab ich mich dieser hellen Stimme aus mir in den frischen Jahren hin, als ich noch ohne Bitternis glauben, ohne Vorwurf lieben konnte und ohne Mißtrauen war gegen das Menschliche, das ich auch in meinem Wesen allem voranschob.

Der Gedanke war einfach: Caritonow's Brief — ohne dessen Unterschrift — dem Vater Nikiforow's zuzusenden. Dann würde er ohne weiteres begreifen, was vorgefallen war, warum sein Sohn den Tod gesucht hatte. Und nun gab es mir keine Ruhe mehr: der Brief mußte noch heute in den Kasten. Heute noch fort, der alte Mann sollte morgen abends bereits die Wahrheit erfahren.

Den Brief hatte Kappaport. Wo zu ihm! Aber — es war schon nach acht! Wie wenn mich jemand sähe — jetzt, da der Direktor mir ohnehin nicht gemogen war! Nun — es konnte ja ein Wortpaß gefunden werden. „Papa, ich muß noch fort —“

„Ich würde an deiner Stelle zu Hause bleiben.“

„Ich muß —“

„Dann geh!“ Er suchte die Kassein.

„Gib mir eine Bescheinigung, daß ich in deinem Auftrage zur Apotheke oder zum Arzt muß.“

„Wenn du deine Lehrer — hm, hinter's Licht führen willst, so brauchst du doch nicht auch mich noch hineinzulassen.“

„Kappaport ist schwer erkrankt. Ich möchte ihn besuchen.“

„Dann ist es besser, du gönnst ihm die Ruhe.“

„Rein Gott, ich muß ihn aber sprechen!“

rend dieser hier mein Vater, mein Freund sein wollte! Warum quälte er mich nur so!

Es ist eine alte Lausache, daß wir gerade denen, die uns am nächsten stehen, am wenigsten verzeihen. Der Feind wird meist geduldet. Der lau werdende Freund gehaßt, der sich abwendende — als Verräter versem. Ein fremder Spion ist ein Spion, ein eigener Landesverräter, puul! Das ältere Geschlecht versteht das junge nicht, weil es so alt ist — es wird verhöhnt; aber den Vater, der sich dem Sohne entgegenstellt, möchte man umbringen. Jeder ruft variierend: „Ach du, Bräutling!“, und was dem einen recht ist, windet sich dem anderen zu einem Strick. Die Engländer haben, glaube ich, Ansätze dazu gemacht, durch Erziehung derartigen Unüberbrückbarkeiten rechtzeitig vorzubeugen. Das Vaterhaus ist nicht ein Hofen, in dem jedes Wellengeflüsel tragisch genommen zu werden verdient. Die verschiedenen Mitglieder der Familie können auch verschiedene Menschen sein. Eines Tages werden die Väter vielleicht doch noch so weit kommen, daß die Söhne ihnen mit Luft — ohne vorherige Rämpfe — nahefeiern werden, weil die Erziehung sie dazu vorbereitet haben wird, und auch weil die Ziele der sich ablösenden Generationen nicht dem Wohl des einzelnen auf Kosten der anderen ausgerichtet bleiben können. Das alles sage ich indessen nicht, um mich zu verteidigen, denn darum geht es hier gar nicht. Was ich erzählen, sind Tatsachen, ich werde nur kein Wort aus dem Mied heraus und versuche eben, manches, was auch mich selbst im Augenblick zwingt, dem Kopf zu schütteln, deutlicher, verständlicher zu machen.

Ich wandte mich unwillig ab.

„Du könntest zumindest höflich bleiben!“ meinte mein Vater.

Das war der fehlende Kropfen. Diese Mißla Reflexivität, die ich an ihm mitunter am meisten haßte, brachte das Maß zum Ueberlaufen. Ich sog mich in mein Zimmer zurück, war dem Meinen nahe. (Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Kindererholungs-Aktionen in den Semesterferien

Eine schöne Leistung des Verbandes „Arbeiterfürsorge“

Knapp vor den heurigen Semesterferien (1. bis 8. Februar) wurden die verschiedenen Fürsorgeorganisationen vom Schul- bzw. Gesundheitsministerium aufgefordert, die den Kindern erstmalig gegebene längere Freizeit während der Semesterferien, im sozialen und gesundheitsfürsorglichen Sinne auszunutzen, die Kinder in Erholungsaktionen zusammenzufassen, Ganz- und Halbtagsausflüge zu veranstalten, kurzum, die freien Tage der körperlichen und seelischen Erholung und Erleichterung der Jugend zu widmen. Obwohl die Mittel unserer Bezirksvereine Arbeiterfürsorge in den Wintermonaten in ganz außerordentlichem Maße für Arbeitsloshilfe für die in Anspruch genommen werden und obgleich zur Vorbereitung von Erholungsaktionen nur wenige Tage zur Verfügung standen, konnten doch zehn Bezirksvereine 828 Kinder an 1714 Bepflegschaften mit einem Gesamtaufwande von K 427.10

erlassen. Die Bezirksvereine Aulzig, Komotau, Reichenberg und Rumburg hatten 188 Kinder in den Naturfreunde-Vergemeinungen in Rollendorf, Gerdsdorf, Königshöhe und Kennerdorf (Aulzig) 28 Kinder im Kinderfreundenheim Kamitz) untergebracht; die Bezirksvereine Varn, Grassitz, Königshof, Mährisch Schönberg, Mies, Reichenberg und Weipert veranstalteten für 690 Kinder Halb- und Ganztags-Model- und Ski-Ausflüge mit Auspeisungen.

Alle Bezirke berichten einhellig über die außerordentlichen gesundheitlichen Auswirkungen dieser Aktionen, die eine Wiederholung solcher Aktionen wünschenswert und notwendig erscheinen lassen.

Die materielle Unterstützung dieser Aktionen erfolgt durch den Verband Arbeiterfürsorge im Rahmen seiner sozial-gesundheitsfürsorglichen Tätigkeit.

und der Bezirkssekretär der kommunistischen Partei in Böhm. Leipa, Plewa, nach dessen Abgang wieder eine Zeitlang Feuer die Geschäftsführung besorgte. Die Genossenschaft befand sich schon vor zwei Jahren in sehr großen Schwierigkeiten, die von dem jetzigen Geschäftsführer nicht mehr gemeistert werden konnten. Die Vertreter dieses Konsumvereines sind bei genossenschaftlichen Tagungen als Vertreter der kommunistischen Genossenschaftspolitik wiederholt aufgetreten. Die Ausweitung dieses kommunistischen Konsumvereines ist um so bemerkenswerter, als fast alle anderen dem GEC-Verbande angehörenden Konsumgenossenschaften seit einem Jahre sich in einem sehr guten Aufstiege befinden.

Wieder ein „Meiner“ und „Sauberer“. Am 21. November 1936, in der Zeit von halb 6 Uhr bis vierhalb 7 Uhr abends wurde bei dem Gärtnerei Franz Langer in Neudorf bei Wolfersdorf (politischer Bezirk Böhmen-Leipa) ein Einbruch verübt und verschiedene Wertgegenstände gestohlen. Dieser Einbruch fand nun in der vorigen Woche seine Aufklärung. Der in Neudorf wohnhafte Landwirt Winter, ein strommer Angehöriger der „Volksgemeinschaft“, unternahm in der Nähe von Benken einen kleinen „Spariergang“ und da ihm offenbar die Begriffe „Mein und Dein“ nicht geläufig sind, veruchte er dort ebenfalls fremdes Eigentum kostenlos in seinen Besitz zu überführen. Er wurde aber erkannt und kurz darauf in Neudorf verhaftet. Mit seiner Verhaftung wurde auch der oben erwähnte Diebstahl aufgeklärt, und Winter als Täter sichergestellt. Innerhalb zweier Jahre sind in der dortigen Konsumvereinsfiliale drei Einbrüche verübt worden und auch anderwärts waren mehrere solche zu verzeichnen. Winter hat bereits eine einjährige Kerkerstrafe abgeessen.

Heruntergeriffene Staatsflagge. Am Samstag und Sonntag war die einer Kriegswitte gehörende Trautz im Hause des Konsumvereines in Wittenburg bei Bodenbach anlässlich des Geburtstages Majarcs mit der Staatsflagge geschmückt. Diese Flagge wurde in der Nacht zum Sonntag zwischen 3 und 4 Uhr heruntergeriffen und gestohlen. Der SdP-Bezirk in der benachbarten Turnhalle war um 3 Uhr morgens zu Ende gegangen.

Nazistische „Selbstent“. Auf dem 80 Meter hohen Mamin der Biegelei in Aufschowitz bei Radebohr wurde Dienstag früh eine 6 Meter lange Balkenkreuzflagge entdeckt, die in der Nacht dort angebracht worden war. Im Auftrag der Bezirksbehörde ließ das Gemeindevorstand die Fahne herunterholen. Die Nachforschungen der Staatspolizei nach den Tätern blieben bis zur Stunde ergebnislos.

Verhütetes Eisenbahnunglück. Am Sonntag, den 7. März, lief in Sanda u der um 8 Uhr 45 von Leipa kommende Personenzug infolge falscher Weichenstellung auf dem Geleise ein. Auf dem bereits der von Leipa kommende Laitzug hielt. Nur der Weichengegenwart des Lokomotivführers ist es zu danken, daß der einfahrende Personenzug rechtzeitig zum Halten gebracht werden konnte.

In Kürze:

London. (Tsch. P. B.) In den ersten Tagen des April trifft der dänische Ministerpräsident Stauning in London ein und wird mit den britischen Staatsmännern über den Wof der Nordstaaten beraten. Gleichzeitig wird Ministerpräsident Stauning den englischen Staatsmännern die Ansicht seiner Regierung über die Gesamtsituation in den nördlichen Gebieten Europas darlegen.

Berlin. Parter Höhring aus Düsseldorf wurde von der Gestapo verhaftet und in Schutzhaft gebracht.

Stochholm. (Saba.) Die Meldungen, daß der schwedische Außenminister Sandler bei seiner Junierteife durch die dänischen Staaten auch Moskau und Warschau besuchen wird, werden amtlich demontiert.

Belgrad. (Avala.) „Politika“ erfährt aus Ankara, daß der türkische Ministerpräsident Zemet Anönü mit dem türkischen Außenminister Aufschda Aras am 18. März in Belgrad eintreffen wird.

Warschau. Montag ist in Warschau der neue Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Professor Dr. Burchardt, eingetroffen, um der polnischen Regierung seinen ersten offiziellen Besuch abzustatten.

Naval Bindi (Indobritisches Pandschab). (Newter.) An den Grenzen von Westindien sind Unruhen entstanden. Der Mohammedanerführer Fakir Ipi twiegelte die Eingeborenenflamme auf, indem er behauptet, daß die britische Regierung eine Verbündete der Hindus sei. Die vom Militärkommando ausgearbeiteten Vorwürfe zeugen dafür, daß die Westindianer Front noch der Schaulaf erster Unruhen werden wird.

Mos. Im Geetredbudget des Storting ist es Montag abends zu ersten Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung gekommen. Die bürgerlichen Parteien fordern eine Verlängerung der aktiven Dienstzeit von 72 auf 84 Tage. Die Regierung lehnt diese Forderung ab. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Regierung bereit sei, gegebenenfalls die Vertrauensfrage zu stellen.

Frage 150 Hektoliter, also ein Quantum, das bei uns das kleinste Wirtschaftsaussehen. Im Vertrag mit Frankreich sei das Ausfuhrkontingent für Prager Schinken um einen Waggon jährlich auf nicht ganz vier Waggon erhöht worden. Für das größte Exporthindernis sieht Redner unsere Kartelle an. Die Kartelle sind ein Unglück für unseren Konsum. Wenn sie einen guten Inlandsabfay gesichert haben, kümmern sie sich um den Export nicht sonderlich. Die Exportförderung müsse sich namentlich auch auf den Kleinen Erzeuger erstrecken. — Der Senat erledigte dann noch den provisorischen Handelsvertrag mit Brasilien und eine Immunität. Nächste Sitzung Donnerstag, den 11. März, um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Vorlage über die Ausprägung von Nickel-Fünffronenstücken.

Neuer Senator. An die Stelle des Senators der ungarischen Nationalpartei Dr. Josef Zsuzs, der sein Mandat niedergelegt hat, tritt dessen Ersatzmann Dr. Adalbert Szilassy.

Britisches Interesse für die Tschechoslowakei

Edgar P. Young (London), Kapitanleutnant a. D., sendet uns folgenden Bericht:

Das sehr große Interesse, das man in Großbritannien für die Tschechoslowakei empfindet, und die freundlichen Gefühle der britischen Öffentlichkeit gegenüber der Republik haben sich kürzlich in bemerkenswerter Art gezeigt. Es wird bekannt, daß das Britische Nationalkomitee der Internationalen Friedenskampagne (Massenbement Univerfel pour la Paix) Redner aus der Tschechoslowakei eingeladen hat, an der Friedenskampagne teilzunehmen, die im März und April in Britannien veranstaltet wird. Bevor die Verhandlungen noch beendet waren, als die Namen der Redner noch nicht bekannt waren, begannen Nachfragen nach tschechoslowakischen Teilnehmern zu kommen, und schon als das erste Kontingent am 7. März eintraf, erwartete man sie bei weit über hundert öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen. So groß ist das Interesse, daß Befürchtungen laut werden, dem Verlangen nach Rednern könnten die Angekommenen nicht genügen, aber in diesem Falle würde zweifellos Verstärkung gesandt werden.

Dieses deutliche Angehen für das Verschwinden des „Inselbewußtseins“ der britischen Vassen ist besonders günstig in einem Augenblick, da manches darauf hinweist, daß die kleine Gruppe, die sie heute regiert, sich auf eine Isolierungspolitik hinbewegt. Und es handelt sich nicht nur um eine reine Londoner Lokalescheinung, denn das Verlangen nach Sprechern kam aus allen Teilen des Vereinigten Königreiches. Die Mandatschüre, Abessinien und jetzt Spanien haben dazu beigetragen, den Glauben des Briten an Diplomaten und Politiker zu erschüttern und in ihm den Wunsch nach demokratischer Kontrolle der Außenpolitik zu erwecken. Er will die Wahrheit über die internationale Situation erfahren, — nicht nur, was Lord Rothermere über sie denkt — und er wünscht Fragen zu stellen. Die Redner aus der Tschechoslowakei werden eine ungewöhnliche Gelegenheit haben, dem britischen Publikum zu erzählen, was in Mitteleuropa vorgeht und was Britannien tun kann, um die Lage zu verbessern. Sie brauchen ihre Worte nicht abzuwägen, denn eine offene Sprache ist dem britischen Publikum immer willkommen. Die Tatsache, daß die Internationale Friedenskampagne sich über eine breite Front erstreckt, die von Lord Cecil und Dr. Magwell Garnett bis zur äußersten Linken reicht, gibt die Gewähr dafür, daß die Volkspartei aus der Tschechoslowakei von Leuten fast aller Klassen und Schichten gehört werden wird.

Wenn dieser erste Versuch auf einer so breiten Basis den zu erwartenden Erfolg hat, werden ihm zweifellos andere Organisationen im Rahmen einer größeren Bewegung folgen, und die Wände der Einigkeit zwischen den Demokratien Britanniens und der Tschechoslowakei werden dadurch noch mehr gefestigt werden. Die weitere Entwicklung auf einer größeren internationalen Basis des direkten Kontaktes zwischen den Völkern der Welt kann für den Frieden nur förderlich sein, denn nur in einer Atmosphäre der Unwissenheit ist es möglich, die Lügenpropaganda, die internationalen Paz schafft und zum Kriege führt, erfolgreich zu gestalten.

Reichsgesetz zur Sicherung der Grenzen Vergeltungsmaßnahmen gegen andere Staaten!

Berlin. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Dienstag-Sitzung u. a. ein Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Verwaltungsmaßnahmen, nach welchem der Reichsinnenminister ermächtigt wird, in von ihm zu bestimmenden Gebieten insbesondere an der Reichsgrenze alle Maßnahmen zu treffen, die für eine wirksame Sicherung der Reichsgrenze und des Reichsgebietes erforderlich sind. Der Reichsinnenminister wird ferner ermächtigt, gegen Angehörige eines fremden Staates und gegen deren Vermögen Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, sofern dieser Staat gegen Reichsangehörige oder ihr Vermögen Maßnahmen trifft, die nach deutschem Recht gegen die Angehörigen dieses Staates oder ihr Vermögen nicht getroffen werden könnten.

Belegung in der Porzellanindustrie

Die Exportförderung wirkt sich bereits aus

In den letzten beiden Wochen wurden in einer Reihe von Porzellanfabriken Westböhmens Neueinstellungen von Arbeitern vorgenommen. Es handelt sich um die Victoria-K. G. Alt-Roslau, Alt-Roslauer Porzellanfabriken A. G., die Betriebe von Paas und Gijzel in Schlagsenwald und Chobau, sowie die Porzellanfabrik in Reulegrün. In Betracht kommen 400 bis 500 Arbeiter, denen sich endlich wieder die Tore der Fabriken öffnen. Die Bericht wird, hat die Firma Paas und Gijzel bei der Leipziger Messe am besten abgeknitten, vor allem in Kunstfiguren, einem ausgeprochenen Luxusartikel. Auch die Glasindustrie A. G. Mose in Mairchöfen hat Aufträge, die der bisher auf Kurzarbeit angewiesenen Arbeiterkraft auf längere Zeit hinaus volle Beschäftigung gewährleisten. Die Porzellanfabrik Schneider u. No. in Lessau sucht bereits Malerinnen, doch besteht in diesem Beruf Mangel an Arbeitskräften, weil in den Jahren der Krise es an der Ausbildung eines entsprechenden Nachwuchses gefehlt hat.

Diese bessere Beschäftigung ist vor allem auf die Exportförderungsmaßnahmen zurückzuführen, die über Betreiben des Reichsarbeiterverbandes und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von der Regierung durchgeführt wurden.

„Tatsachen“ lügen dich an!

In der Rubrik „Tatsachen lügen dich an“, die in der „Zeit“ täglich erscheint, wurde am Dienstag behauptet, bei der Verteilung der Ernährungsarten in Bärn (Nordmähren) gebe es Mißstände. . . . Die Ausgabe der Ernährungsarten findet im sozialdemokratischen Arbeiterheim statt“, schreibt die „Zeit“, wobei natürlich ein arger Mißbrauch der Ernährungsart zuzunehmen der Marxisten und des roten Konsumvereines betrieben wird. . . . Die Kaufleute verlangen mit Recht die Ausgabe der Ernährungsarten in einem neutralen Lokale, damit die unparteiische Handhabung der Aktion gesichert wird.“

Dazu ist folgendes zu bemerken: Im Gemeindeamt Varn sind keine Lokale für die Ausgabe der Ernährungsarten frei. Die Bezirksbehörde weigert sich, Lokale zur Verfügung zu stellen. Die Värner Bevölkerung ist froh, daß das Arbeiterheim seine Räume für diese Zwecke überhaupt hergibt. Alle Versuche, andere Räume zu erhalten, schlagen fehl. Die Värner Sozialdemokraten sind nicht nur bereit, der Ausgabe der Ernährungsarten in einem anderen, „neutralen“ Lokale zuzustimmen, sondern sie würden sich sogar eine solche Regelung! Sie würden sich auch mit einem Genlein-Lokal abfinden: so ist aber der Genleinmann, der sein Lokal hergibt? Die „Zeit“ wird aufgefordert, einen zu nennen!

Auch für die Verteilung der Ernährungsarten in Varn ist einzig und allein die Bezirks-Sozialkommission zuständig. Sie bestimmt, wer zum Besuze der Ernährungsarten berechtigt ist und die Verteiler sind an ihre Weisungen gebunden. Von einem Mißbrauch zugunsten der Marxisten kann also gar keine Rede sein und der „Mißbrauch zugunsten des roten Konsumvereines“ könnte doch nur darin bestehen, daß die Arbeitslosen die zugewiesenen Waren freiwillig aus dem Konsumverein beziehen. Niemand zwingt sie dazu, denn niemand hat hiezu irgendeine Möglichkeit, geschweige denn den Willen. Das Gegenteil wird die „Zeit“ auch vor Gericht nicht beweisen; sie wird Gelegenheit bekommen, es zu versuchen.

Die Värner Anhänger der „Zeit“ haben die Möglichkeit, die „Uebelstände“ in Varn abzu-

stellen, soweit es sich um den Verteilungsraum handelt. Die kritischen Leser der „Zeit“ aber erkennen wieder einmal, wie lügenhaft deren „Tatsachen“-Meldungen sein können.

Loslösung von der SdP

Anlässlich der Amtswahlkonferenz der SdP-Opposition in Zwittau traten dieser Gruppe zahlreiche SdP-Leute bei. Diese Opposition will sich als eigene Partei erst dann konstituieren, sobald sie das gesamte Staatsgebiet organisatorisch erfasst hat. In Nikolsburg und Böhmisch sind zahlreiche Anhänger der SdP zur Oppositionsgruppe gestoßen. Ebenso hat sich die Mehrheit der Brüner Mitglieder der Deutschen Sozialen Partei nach dem Abletritt des Vorsitzenden der Brüner Ortsgruppe Herbst und nach dem Ausschluß des ehemaligen nationalsozialistischen Parteimitglieds Dr. Uhlitz der SdP-Opposition angeschlossen.

Zuchthaus-Urteil gegen einen tschechoslowakischen Staatsbürger

Wie die „Union für Recht und Freiheit“ erfährt, wurde Mitte Jänner 1937 der tschechoslowakische Staatsbürger Mahwert aus Feinerdorf (Bezirk Friedland) vom Oberlandesgericht Würth zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Mahwert, der öfters über die Grenze in privaten Angelegenheiten ging, wurde von einem Genlein-Anhänger bei der Gestapo denunziert, er sei Funktionär der KPC und betätige sich im antisozialistischen Sinne gegen Deutschland. Der Staatsanwalt hatte gegen diesen „Schwerverbrecher“, wie er sich in seinem Plaidoyer ausdrückte, vier Jahre Zuchthaus beantragt. Mahwert wurde in der Untersuchungshaft schwer gefoltert. Pakete, die ihm von seiner Schwester zugesandt wurden, wurden ihm in der Untersuchungshaft nicht ausgedrückt.

Im sächsischen Gebiet dauern die Verhaftungen fort. So wurden Ende November 1936 16 Arbeiter aus Limbach und 27 Arbeiter aus Hartmannsdorf in Haft genommen. Einer von vier Verhafteten aus Burgstädt bei Chemnitz, der Arbeiter Kurt Mauerberger, der am 28. November festgenommen worden war, ist am 27. November ermordet worden. Seine Frau wurde am 30. November von seinem Tode ohne Angabe der Todesursache benachrichtigt.

Eine Greisin ermordet,

weil der Mörder sich einen vergnügten Abend machen wollte

Reichenberg. In Ruppersdorf wurde die 74-jährige Oberlehrerwitwe Verta Sylora in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als Täter wurde von der Polizei der 30-jährige Karl Geisler verhaftet. Geisler, der bereits mehrmals vorbestraft ist, gab beim Verhör an, daß er infolge eines Zerwürfnisses mit seiner Geliebten aus dem Leben scheiden wollte. Vorher habe er sich jedoch noch einen vergnügten Abend machen wollen und deshalb beschloffen, die alte Frau zu berauben. Er drang in ihre Wohnung ein und würgte sie so lange, bis sie tot war. Dann nahm er aus einer Tischlade 170 Kc und befuhrte mit dem Geld zunächst ein Kino und sodann ein Nachtlokal. Von dort aus ging er mit einem Mädchen in dessen Wohnung und schließlich wieder in ein Gasthaus, wo er dann von der Polizei verhaftet wurde.

Eine kommunistische Genossenschaft im Ausgleich

Die Konsumgenossenschaft der Eisenbahner in Böhmen-Leipa hat den gerichtlichen Ausgleich angemeldet. Die Genossenschaft gehört seit zwei Jahren dem GEC-Verbande nicht an. Ihre Geschäftsführer waren in den letzten Jahren der bekannte kommunistische Redner Gustav Weer-

Tagesneuigkeiten

„Henlein's Selbstverwaltung“

Die Forderung nach Selbstverwaltung, die Henlein in Aussicht stellte, hat mit dem sozialdemokratischen Selbstverwaltungsprogramm nur den Namen gemein. Was für einen Inhalt Henlein der „Selbstverwaltung“ geben möchte, geht aus dem Programm der Sudetendeutschen Partei hervor: diese Selbstverwaltung wäre die Grundlage für die Verwirklichung des faschistischen Totalitätsstrebens, das die SdP vom Tage ihrer Gründung an äußert. Es gleicht dem Totalitätsprinzip Hitlers wie ein Ei dem andern.

Diese Henlein's „Selbstverwaltung“ würde nicht nur jeden Einfluß der Henleingegner aus den Gemeindeverwaltungen ausschalten, sondern im sudetendeutschen Lebensraum auch an Kultur-äußerungen nur das zulassen, was die SdP für Kultur hält: also beileibe nicht die Prinzipien Herders, Goethes oder Kant's, sondern die „gelitigen Rülpsen“ des deutschen Nationalsozialismus. — Eben jetzt hat sich ein Schulbeispiel dafür ereignet, wessen wir uns bei der „Selbstverwaltung“ unter Henlein zu versehen hätten.

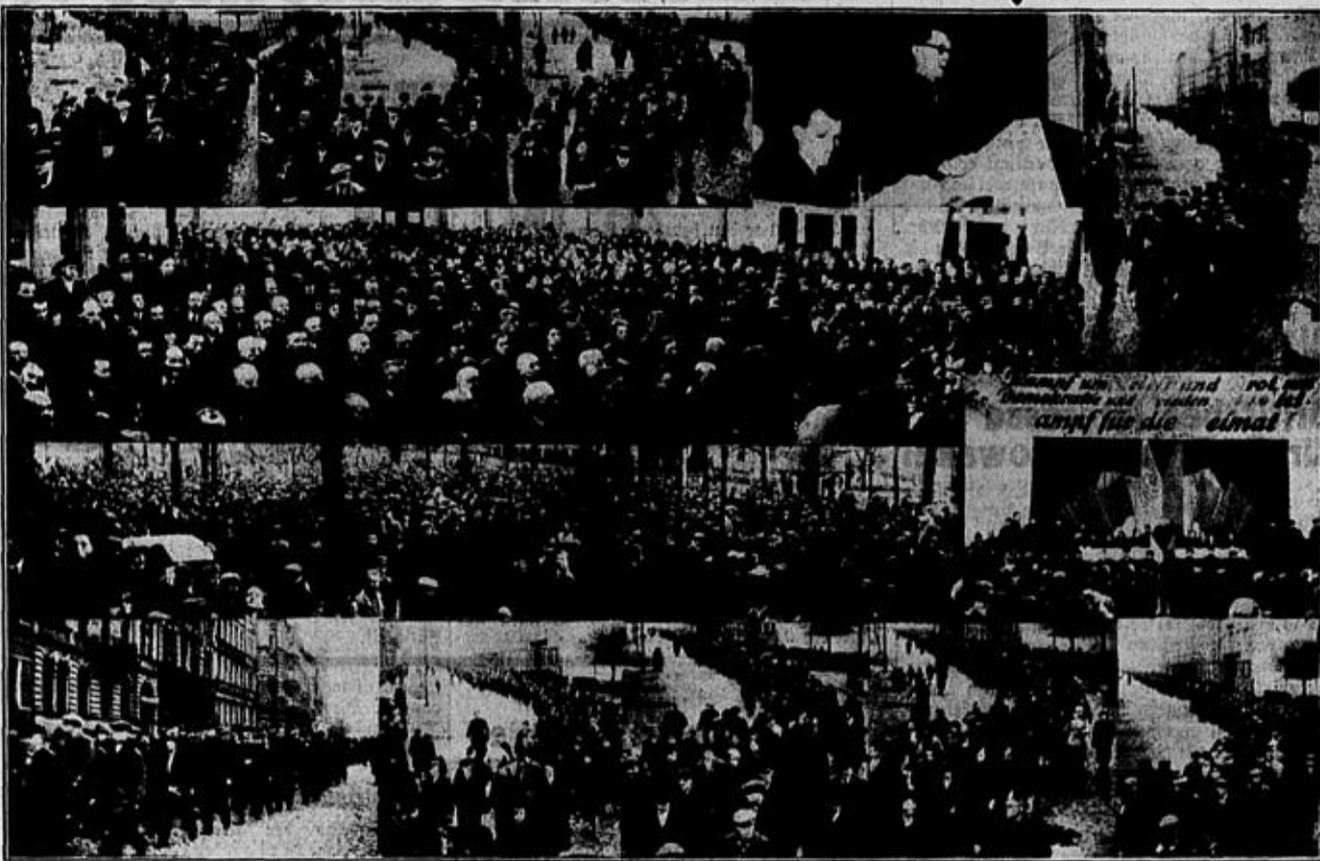
Der Trautenauer städtische Kino-Ausschuß hat nämlich, nach einem Referate des Kinoleiters Escher, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, beschlossen, Filme russischen Ursprungs nicht mehr zuzulassen. Herr Escher ist Angehöriger der Stadtgemeinde Trautenau. Aber er meint wohl, daß es gut sei, sich bei den Henleinleuten beliebt zu machen, und so hat er seine ablehnende Haltung gegen die russischen Filme mit deren — Volksbewusstseinstendenz begründet. Und die bürgerliche Mehrheit des Kino-Ausschusses hat den politisierenden Angehörigen nicht etwa auf die Grenzen seiner Befugnis aufmerksam, sondern sich dessen Ansichten zu eigen gemacht! Sie entsprechen genau der Volksbewusstseinstenbe der SdP und ihrer „Zeit“. Und ebenso entspricht es der Kulturgesinnung der Henleinpartei, daß das städtische Kino in Trautenau die Militärparaden des Dritten Reichs und andere nationalsozialistische Dinge zeigt, ohne an deren Faschisierungstendenzen Anstoß zu nehmen. — Es ist übrigens die Frage, ob unsere Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion soferneart hochnotuliert werden dürfen und es ist kein Zweifel, daß sich die zuständigen Stellen mit dem Fall beschäftigen werden.

Zum Kapitel „Selbstverwaltung“ gehören auch die vor Kurzem von uns wiedergegebenen Weisungen der SdP für die Gemeindeverwaltungen. In diesen Weisungen bemerken die „Lidové Noviny“:

„Aus diesen Weisungen geht unzweideutig hervor: die Parteiführung, das ist die Gruppe um Konrad Henlein, hat einen praktisch unbeschränkten Einfluß auf die Auswahl der Gemeindevertretungsmitglieder. Die Partei erwartet offensichtlich einen großen Wahlsieg. Wenn sich ihre Erwartungen erfüllen, wird die sudetendeutsche Autonomie, wie Henlein sich sie vorstellt, auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung via facti verwirklicht werden. Die Weisungen sind auch eine gute Illustration der zweiseitigen Politik dieser Partei, die einerseits vom Staat für sich alle demokratischen Rechte verlangt, ihren Mitgliedern aber diese Rechte zur Gänze verweigert. Die Frau, nach der Verfassung eine freie Bürgerin der Republik, darf in der sudetendeutschen Partei nicht in die Gemeindevertretungen kandidieren. Wie stimmt das mit der Verfassung überein, die von den Henleinleuten ständig zitiert wird, wenn sie einen Vorteil für sich sehen? Wie stimmt es mit den demokratischen Grundfähen überein, daß ein Mensch allen größeren Städten diktieren kann, welchen Bürgermeister sie wählen sollen? Und ein anderer Mensch allen Gemeinden, wen sie in der Gemeindevertretung haben sollen?“

Kapriolen des Amtsdirektors. Prag. — Neben einem geradezu ungläubigen Fall berichtet das „Reč. C. S.“. Vor dem Gefälligkeitrichter in Bratislava wurde der Lehrer Anton Mitodina aus der Ortschaft Stráž bei Pieskan unter der erscheinlichen Anklage zitiert, er habe sich einer Heberretung nach dem Postgesetzbuch verpatent aus dem Jahre 1850 schuldig gemacht, weil er einen Brief, der einer Franzatur von 1 (einer) Kč bedurfte hätte, widerrechtlich als „portofrei“ zur Beförderung aufgegeben hatte. Der Unglückliche erhielt nämlich eines schönen Tages von dem Gefälligkeitkontrollant in Verbod eine amtliche Vorladung, die jedoch, wie aus ihrem Inhalt klar hervorging, ihn überhaupt nicht betraf und ihn nur infolge einer Verwechslung zugestellt worden war. Er wollte sich dem Amt gefällig erweisen und die unrichtige Vorladung zurücksenden. Dies tat er in der Weise, daß er die Vorladung in ein Kuvert steckte und dieses mit dem Vermerk verfaß: „Auf amtliche Aufforderung — portofrei!“ Statt für die erwiesene Gefälligkeit dankbar zu sein, leitete das Gefälligkeitkontrollant, bzw. ein mit besonderem Scharfsinn begabter Referent dieser Amtsstelle ein Verfahren gegen den Uebelthäter ein, da dieser durch unrichtige Angaben sich der vorgeschriebenen Frankierung der Postsendung arglistig habe entziehen wollen, wodurch das Postamt um eine Kč geschädigt worden sei! Mit Feuerzifer nahmen sich die „zuständigen Organe“ der Verfolgung des Uebel-

Bilder von der großen Kundgebung in Bodenbach



In der ersten und vierten Reihe: Der Zumarsch zur Jaksch-Versammlung am 5. März — sitzend: Jaksch, stehend: Reitzner — die RW. — In der zweiten Reihe: Die Versammlung im Saal. — In der dritten Reihe: Die Massen vor dem Schützenhaus — Blick auf das Präsidium.

täters an und es kam zu einem Verfahren, bei welchem bloß die dabei verbrauchte Tinte und Formulare mehr kosteten als der in Frage stehende „Schadensbetrag“ ausmacht, gar nicht zu reden von den effektiven Auslagen des Verfahrens und dem Aufwand an Zeit und Arbeitskraft der dabei beteiligten Personen. Der Gefälligkeitrichter gelangte nach Ueberprüfung der Sache zu einem Freispruch, womit sich der Vertreter des Herzogs aber nicht zufrieden gab und auch noch Berufung anmeldete. Es wäre interessant, zu erfahren, ob die Referenten, die dieses geniale Stüdchen ausgeheckt haben, von höherer Stelle eine Belobung bekommen haben.

Erdbeben in Nordamerika. Im Mitternacht auf Dienstag wurde die Bevölkerung der Staaten Ohio und Kentucky durch ein Erdbeben aus dem Schlafe geweckt. Es handelte sich hauptsächlich um die Städte Indianapolis, Detroit, Louisville und Dayton. Einer weiteren Meldung zufolge wurde das Erdbeben auch in den Staaten Indiana, Michigan, Westvirginia, Illinois, Wisconsin und Ontario verspürt. Frühmorgens wurden Erderschütterungen auch im mittleren Westen verzeichnet. Das Erdbeben rief eine große Panik hervor. Erstere Schäden werden jedoch von keiner Seite gemeldet. Es wird gemeldet, daß sogar auf den Philippinen Erschütterungen zu verspüren waren.

Katastrophales Hochwasser. Die Sabe ist bei Belgrad aus den Ufern getreten, überschwemmte die Inseln und im Hafen das Gefährde, in dem sich die Kohlen-Verkaufsstelle der Dampfschiffahrt befindet. Am linken Ufer wurde eine ganze Zahl niedriger gelegener Häuser überflutet. In der ebenfalls Hochwasser führenden Drina sind drei Arbeiter ertrunken, die beim Bau einer Bahnstrecke beschäftigt waren. — Durch die riesigen Eismassen auf der Weichsel steigt das Hochwasser auch in dem Nebenfluß Wahe mit rasender Geschwindigkeit und hat bereits eine seit Jahrhunderten nicht dagewesene Höhe erreicht. Die Straße zwischen Bromberg und Thorn ist bei Langenau überflutet. In Bromberg ist die Wahe über die Bollwerkser getreten. Ein Teil des Hauptpostamtes steht im Wasser. Der Höchststand des Hochwassers wird erst heute erwartet. — Nach den zweiwöchigen Regenfällen in Karpatenland ist in den höheren Lagen der Karpaten, wo bis 180 Zentimeter Schnee liegt, Schneehmelge eingetreten. Die Wasserläufe schwellen überall an. Neue Autobusse sind auf der aufgeweichten Straße zwischen Uhorod und Mulačeto, in der Nähe der Gemeinde Komarocze, stecken geblieben. Der Verkehr auf dieser Straße wurde eingestellt.

Dampfer vom Eis gedrückt. Wie aus St. Kones in Neufundland berichtet wird, ist dort der kanadische Dampfer „Della“ (1267 Tonnen) vom Eis gedrückt worden und gesunken. Der Besatzung gelang es, auf einem Eisberg bis ans Land zu gelangen.

Im Bos von Hannover hat ein Elefantentenne seinen indischen Wärter, ist dort der niedergeschlagen und den Bewußtlosen dann mit einem Vorderfuß gegen das Gitter gedrückt. Der Zünder ist seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

Der König und Frau Simpson werden demnächst das Schloß Cambé in Frankreich beziehen, das in das Eigentum des Herzogs von Windsor übergehen soll. Die Krönung des Herzogs von Windsor mit Frau Simpson soll in der kleinen Kapelle des Schlosses von Cambé stattfinden.

Hochzeit vor der Hinrichtung. Das Kassationsgericht von Sofia bestätigte das Todesurteil gegen zwei junge Männer aus Plodiv, die am 28. Oktober v. J. in einer Plodivser Vorstadt in räuberischer Absicht einen 108 Jahre alten Bettwandten ermordet hatten. Einer der Mörder war vor einigen Tagen im Kerker mit der Schwägerin seines Komplizen getraut worden. Die Hinrichtung der beiden Mörder wird in den nächsten Tagen stattfinden.

Revolution auf der Sonne. Die Sternwarte in Pasadena in Kalifornien meldet, daß auf der Sonne große Eruptionen beobachtet wurden, die stärksten seit dem Jahre 1900. Auch haben in der letzten Zeit die Sonnenspecken zugenommen.

Verhör über die Grenze. An der französisch-belgischen Grenze fand vor einigen Tagen ein Verhör statt, wie es in der Geschichte der Kriminalistik wohl noch nicht vorgekommen sein dürfte. Ein Belgier war von der belgischen Polizei auf Grund von Angaben der französischen Polizei wegen Fälschung von Hundertfranc-Noten festgenommen worden. Nun bestimmt das internationale Recht, daß die Bürger eines Staates unter keinen Umständen ausgeliefert werden, wenn sie auf dem Territorium des eigenen Staates verhaftet worden sind, auch dann nicht, wenn sie die Tat im fremden Staat ausgeführt haben. Der Belgier wird also in Belgien abgeurteilt werden. Trotzdem mußten die französischen Untersuchungsbehörden ihn vernehmen, um seine Komplizen festzustellen. Der Gefangene wurde also bis an die Grenze gebracht, er verblieb jedoch drei Meter hinter dem Grenzstein. In gleicher Entfernung stellten sich auf französischer Seite der Untersuchungsrichter und der Gerichtsreiber auf. Ueber sechs Meter Entfernung also wurde das Verhör über die Grenze hinweg durchgeführt. Das Protokoll wurde gleichzeitig von den belgischen und den französischen Beamten unterzeichnet, die sich zu diesem Zweck direkt am Grenzpaß trafen.

Die Größen der Filmwelt für das demokratische Spanien. Durch die ganze amerikanische Presse geht der Bericht über die Kundgebung einer Filmzeitschrift, wie sich die Größen Hollywoods zum spanischen Bürgerkrieg stellen. Charlie Chaplin, Marlene Dietrich, Joan Crawford und Wallace Beery, um nur die bekanntesten zu nennen, sprechen ihre vollste Sympathie für den Kampf des spanischen Volkes aus und bezeichnen den unvergeßliche Darsteller des Pancho Villa, wünscht dem spanischen Volk, es möge ihm in seinem schweren Kampfe ein Pancho Villa ersetzen. Nicht verwundern kann es nunmehr, wenn uns eine Nachricht erreicht, daß in Hollywood eine Versammlung von Filmleuten veranstaltet wurde, an der unter dem Vorsitz des englischen Romanschriftstellers Ronald Ogden Stuard über drei hundert Filmkünstler Largo Caballero und seiner Regierung ihre aufrichtige Sympathie und die heißesten Wünsche für den Sieg der Freiheit im Kampf mit dem Faschismus ausdrückten. Unter den Unterschriften der abgeordneten Resolution finden wir Namen wie Upton Sinclair, Ham O'Flaherty, Mac Gowran, Ruffe Kainer u. a.

Sturm über dem Atlantischen Ozean

New York. Sieben Ueberseedampfer mit 2000 Passagieren an Bord haben infolge eines schrecklichen Sturmes, der mit einer in dieser Jahreszeit noch nicht gesehenen Heftigkeit auf dem Atlantischen Ozean wütet, schon jetzt Verspätungen von 12 bis 72 Stunden. Es handelt sich um die Schiffe „Queen Mary“, „Samaria“, „Academia“, „De France“, „Roma“, „American Farmer“ und „American Trader“. Auch das italienische Schiff „Reg“, eines der modernsten Motorschiffe der Welt, geriet auf der Fahrt von New York nach Italien zwischen den Azoren und dem Cap St. Vincent in einen solchen Sturm, daß 20 Passagiere und Mitglieder der Besatzung verletzt wurden. Ein Mann der Besatzung starb infolge der erlittenen Verletzungen, zwei verletzte Passagiere wurden in Neapel an Land gesetzt und ins Krankenhaus eingeliefert. Das Schiff ist genau zur festgesetzten Zeit völlig unverletzt in Genua eingetroffen.

Der Verlosung der Gewinne der IV. Klasse der 86. tschechoslowakischen Klassenlotterie wird am 18. März 1937 um 18 Uhr im Ziehungslokal der Direktion der Staatslotterien, Prag I, Kofl ul. 4, beginnen und wird am 19. März 1937 um 8 Uhr fortgesetzt werden. Verlost werden im ganzen 2875 Gewinne im Gesamtwert von 2.428.800 Kč, welche den Spielern ohne Abzug ausgezahlt werden. Von höheren Gewinnen werden ausgelost: 1 Gewinn zu 150.000 Kč, 1 zu 80.000 Kč, 4 zu je 20.000 Kč, 8 zu je 10.000 Kč, 20 zu je 5000 Kč, 80 zu je 2000 Kč usw. Die amtliche Verlosungliste wird am 20. März 1937 erscheinen.

Wahrscheinliches Wetter heute Mittwoch: Vorabend bis wechsellandig, später vom Süden her erneut Zunahme der Niederschlagsneigung. Mäßig kühl, auch im Karpatengebiet etwas kühler. — Wetterausblick für Donnerstag: Unbeständig, zeitweise Niederschläge, im Osten wärmer als in den böhmischen Ländern.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:
Donnerstag:
 Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 11.05: Orchesterkonzert BOOP, 12.10: Schallplatten, 17.15: Konzert eines japanischen Geigers, 17.45: Deutsche Sendung: Jugendstunde: Aus deutscher Dichtung in Böhmen, 18.10: Krapphans-Branden: „Zwei Bauern reiten um den Tod“, aus dem Roman von Martin Bauer, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 20.25: Vorträge: „Selbstquartier A-Roll“, 22.20: Nachtkonzert BOOP.
 Prag, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Selbst für Slawil: Das deutsche neoverbliche Kreditwesen, 14.35: Schallplatten, 14.40: Krapphans: „Wils beim Stein“, Schachweltmeister aus Prag. — Bräun: 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterkonzert: Keine Arbeitergebäude. — Bräun: 12.35: Mittagskonzert, 19.30: Aus dem Nationaltheater: „Kofenabalter“, Oper von Richard Strauß. — Prag: 12.05: Aus Operetten, 18.10: Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr.-Odrau: 15: Rundfunkorchesterkonzert: Scarlatti, Händel usw., 18.10: Deutsche Sendung: Drei Menschenkindler.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zunahme der Arbeitskämpfe im Jahre 1936

Forderung nach Lohnerhöhung im Vordergrund

Laut Mitteilung des Statistischen Gesamtamtes gab es im Jahre 1936 insgesamt 258 (im Jahre 1935: 216) Streiks in 293 (672) Betrieben. In den betroffenen Betrieben waren 60.404 (58.218) Arbeitnehmer, von denen 50.888 (38.051) streikten und 2876 (3072) infolge Streiks feierten. Insgesamt betrug bei den Streiks der Verlust an Arbeitszeit 598.558 (458.079) Arbeitstage und der Lohnverlust 11.089.013 (8.445.289) Kč.

Nach Gewerbellassen entfallen 89 Streiks auf die Baugewerke (83.138 von den Streikenden veräumte Arbeitstage), 43 Streiks auf die Stein- und Erdenindustrie (20.841), 30 Streiks auf die Holzindustrie (60.457), 19 Streiks auf die Textilindustrie (180.604), 18 Streiks auf die Metallindustrie (49.216), elf Streiks auf die Landwirtschaft (65.684). Auf die übrigen Gewerbellassen entfallen insgesamt 48 Streiks (69.289).

Hinsichtlich der Forderungen der Streikenden wurde bei 13 Streiks eine Nichtföhrung der Löhne verlangt (7306 veräumte Arbeitstage), bei 123 Streiks eine Lohnerhöhung (207.249), bei 37 Streiks waren sonstige Lohnforderungen (175.163) die Ursache, bei 25 Streiks handelte es sich um organisatorische Forderungen (8740), bei 80 Streiks waren sonstige Forderungen (148.502).

Das Ergebnis der Streiks war in 58 Fällen ein voller Erfolg (36.289 Arbeitstage), in 152 Fällen ein Teilerfolg (487.470), in 49 Fällen ein Mißerfolg (19.106) und in vier Fällen ist das Ergebnis noch nicht bekannt (4114).

Nach Ländern entfallen auf Böhmen 88 Streiks (288.484), auf Mähren und Schlefien 85 Streiks (73.678), auf die Slowakei 80 Streiks (173.858) und auf Karpathorussland 25 Streiks (61.141).

Ausperrungen gab es im Jahre 1936 5 (im Jahre 1935 3), und zwar zwei in der Stein- und Erdenindustrie sowie je eine in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie und in der Holzindustrie. Betroffen wurden 5 (8) Betriebe mit 844 (1115) Arbeitnehmern, von denen 640 (780) ausgesperrt wurden. Die ausgesperrten veräumten 4135 (31.438) und die infolge der Aussperrungen feiernden 868 (?) Arbeitstage; der Lohnverlust der ersteren betrug 90.358 (1.107.470) und der letzteren 15.000 (?) Kč. In zwei Fällen handelte es sich bei den Aussperrungen um Lohnforderungen und in zwei Fällen um andere Forderungen. Das Ergebnis für die Arbeitnehmer war in einem Fall ein voller Erfolg, in drei Fällen ein Teilerfolg und in einem Fall ein Mißerfolg. Auf Böhmen entfallen drei Aussperrungen, auf Mähren und Schlefien eine und auf die Slowakei eine Aussperrung.

Insgesamt wurden daher durch 263 (im Jahre 1935: 219) Streiks und Aussperrungen im Jahre 1936 2928 (im Jahre 1935: 590) Betriebe mit 70.338 (54.333) Arbeitnehmern betroffen, von denen 51.028 (36.831) entweder mittelbar oder unmittelbar durch die Streiks und Aussperrungen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Diese Arbeitnehmer veräumten 603.061 (490.417) Arbeitstage und verloren an Lohn 11.104.371 (9.552.768) Kč.

Beschäftigtenbewegung im tschechischen Gebiet

Der Prager Zentralverband der Krankenversicherungsanstalten, welcher 84 Anstalten vereinigt, stellt in seinem Bericht über die Versicherungsbewegung im Jänner fest, daß der Rückgang der Versicherten vom Dezember 1936 auf den Jänner 1937 um fast zwei Prozent größer war als der Rückgang vom Dezember 1935 auf den Jänner 1936, also um ein Jahr vorher. Die Gesamtversicherungszahl war im heurigen Jänner um 7,4 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Die durchschnittliche Versicherungszahl bei den 84 Anstalten betrug 786.842 im Jänner gegenüber 787.167 im Dezember.

Die westböhmer Konsumvereine

vereinigten nunmehr 64.827 Verbraucherfamilien. Soweit Mitglieder in der zurückliegenden Zeit ausstiegen, wurde der Verlust durch Beitritte neuer mehr als wettgemacht. Der Umsatz ist im letzten halbjahr um fast drei Millionen Kč gestiegen, so daß er in den 433 Verteilungsstellen der 13 westböhmer Konsumvereine 68.782.591 Kč betrug. Der Reservefonds hat eine Höhe von 7 1/4 Millionen Kč erreicht. Die Vereine verfügen über zehn Millionen Mitgliederanteile und verwalten weit über 86 Millionen Kč Spareinlagen. Der budmäßige Wert der Realitäten und Grundstücke beläuft sich ebenfalls auf rund 36 Millionen.

Ein Großteil der Waren wird bereits in eigenen Betrieben der Genossenschaften hergestellt, abgesehen von den Erzeugnissen, die aus den Produktionsstätten des Gewerbestandes stammen. Die genossenschaftlichen Eigenbetriebe der westböhmer Genossenschaften, zu denen u. a. acht Bäckereien und drei Fleischerereien gehören, haben für 33 Millionen Kč Waren geliefert. Im Jahresabrechnung wurden den Mitgliedern drei Millionen Kč an Rückvergütung verrechnet.

Die Einheitsangebote der Kommunisten an die belgischen Gewerkschaften

(JGB) In Belgien steht in neuester Zeit das Problem der Einheit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet wieder im Vordergrund. Bei der Behandlung dieser Frage zeigt es sich in Belgien — wie in anderen Ländern —, daß es sich letzten Endes nicht so sehr darum handelt, die

**Guten Inhalt, volles Mass —
VERBÜRGT DAS GLAS!**

verschiedenen ideologischen Einstellungen klar zu umschreiben und zu begründen, sondern darum, ob man es wirklich ernst meint, wenn man sich zu dieser oder jener Ideologie bekennt. Die Einheitsfrage ist vor allem eine Frage der Moral und der Aufrichtigkeit geworden!

Mit gefühlvollen Verallgemeinerungen ist der wahrhaften Einheit wenig gedient. Gingegegen

Zwei Jahre Konzentrationslager für eine Erfindung „Farbfilm mit Tiefenwirkung“

Im Jahre 1934 erregte in Dresden eine Erfindung Aufsehen, die ein dort wohnender Amerikaner, Ingenieur Otto Hehn, gemacht hatte: eine neue Filmbelichtung, auf der die Bilder plötzlich Tiefenwirkung haben, die vordersten Sitzplätze „flimmerfrei“ sind; auf den Seitenplätzen ist keine Verzerrung des Bildes zu spüren, und die Projektion muß nicht im rechten Winkel, sondern kann von einer beliebigen Stelle aus erfolgen — kurzum, eine ganz wesentliche Verbesserung der bisherigen Kinovorführung. Diese „Wunderleinwand“ ist nicht wie die bisher übliche gerade gespannt, sondern in einer bestimmten, nach der Größe des Kinos und dem Blickwinkel der äußersten Seitenplätze berechneten Krümmung nach dem Zuschauertraum so konvex gebogen, sowohl nach der Länge wie nach der Breite.

Kaum war in den Zeitungen von dieser Erfindung berichtet worden, als Ingenieur Hehn nach Berlin ins Propagandaministerium gitiert wurde. Hier wurde ihm klipp und klar der Vorschlag gemacht, er solle zumindest pro forma auf seine Urhebererschaft an dieser Erfindung verzichten; man habe die Absicht, sie als „nationalsozialistische Erfindung“, als Produkt des Dritten Reiches auszuweisen. Der Amerikaner, im Bewußtsein seines ausländischen Passes, antwortete auf diesen Vorschlag lediglich mit einem Zitat aus Götz von Berlichingen und fuhr nach Dresden zurück. Als der Zug in den Bahnhof einfuhr, wartete bereits ein SS-Kommando auf ihn, um ihn nach dem Konzentrationslager Sachsenburg zu bringen.

Hier blieb Hehn zwei volle Jahre, und es gelang seinem Konsul nicht, ihn herauszubekommen — er hatte ja „die Reichsregierung beleidigt“. Im vergangenen Herbst endlich bekam man ihn frei, und er fuhr nach Prag. Hier begann er sofort mit neuen Versuchen. Prager Films- und Geschäftsleute interessierten sich lebhaft dafür, und ein großes Kino, Ede Benzelsplatz und Watschgasse, stellte sich ihm für seine Experimente zur Verfügung.

Hier ist bereits seit einigen Wochen die „Wunderleinwand“ eingebaut. Viele Prager werden sich schon gewundert haben, daß diese Leinwand krumm ist statt gerade und eine merkwürdige

lann es im Interesse der guten Sache und damit eines klaren Verhältnisses sein, wenn es deutlich und ohne Zweideutigkeit gesprochen wird, wie dies F. Mens, einer der Sekretäre der belgischen Landeszentrale, in einem der Einheitsfrage gewidmeten Artikel von „Le Proletaire“ tut.

„Wenn sich die Kommunisten wirklich ernsthaft und ehrlich zur Demokratie bekennen und einverstanden sind mit einer Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Taktik der Sammlung aller demokratischen Kräfte, so gibt es keinen Grund mehr, die Spaltung weiter dauern zu lassen. Es ist jedoch bewiesen, daß die Kommunisten die organische Einheit nicht wollen. Auf ihrem letzten Kongress haben sie den lächerlichen und unannehmbaren Vorschlag des Anschlusses der kommunistischen Partei an die Sozialistische Arbeiterpartei in der Form einer selbständigen und unabhängigen Fraktion gemacht. Gibt es vernünftige und ernsthafte Männer, die zu behaupten wagen, daß ein solcher Vorschlag der Einheit dienlich ist? Es sind die Kommunisten gewesen, die die Verleumdung in die Reihen der Arbeiterchaft eingeführt haben. Wenn die Kommunisten wirklich aufrichtig für die Einheit sind, so müssen sie damit beginnen, daß sie Beweise für jene Einstellung geben, die die Einheit zur Wirklichkeit machen, d. h. sie müssen Kameradschaftlichkeit, Solidarität und Vertrauen an den Tag legen. Eine geeinte Bewegung ist ohne Kameradschaftlichkeit, Aufrichtigkeit, gegenseitige Achtung und Solidarität unmöglich. Alle diese Eigenschaften sucht man bei den Kommunisten vergeblich. Die Kommunisten, die sich heute Demokraten nennen, sind jedoch in Wirklichkeit Gegner der Demokratie. Wenn man bei einer solchen Sachlage den Auf erhebt „Einheit oder Untergang“, so trägt man zur Verwirrung der Arbeiterchaft und damit zu ihrer Schwächung bei.“



Rundfunkhörer waren Zeuge einer Schiffstragödie

Während der Nacht lief der englische Frachtdampfer „Lord Carnarvon“ im dichten Nebel auf die Klippen der englischen Küste in der Nähe von Rainborough auf. Die verunglückten SOS-Rufe wurden von verschiedenen Rundfunksendern aufgenommen und weitergegeben, so daß es noch in letzter Stunde gelang, die fünfzehnköpfige Besatzung zu retten. Die Rundfunkhörer dieser Gegend waren damit Zeuge der Schiffstragödie. Hier sieht man den gezeichneten Dampfer auf den Klippen.

angaben. Auf das Dach der Gefandtschaft ließ er ihren Namen groß ausmalen, damit sie von den Bomben geschont werde. In dem exterritorialen Gebäude beherbergte er eine ganze Anzahl Raschisten, die von dort aus für die Rebellen arbeiteten.

Allen diesen belästigenden Dingen nachzugehen, lehten die zurückgekehrten Beamten der Gefandtschaft ab und verhinderten deren amtliche Feststellung. Die pompöse Heimbeerdigung und Bestattung der Leiche dieses Vordachgrabe hat seinerzeit Emile Vandervelde veranlaßt, aus der Regierung auszutreten.

Es fehlt nur noch ein Haken. (Z.F.) Die Nazis verstärken seit geraumer Zeit ihre Anstrengungen zur Eroberung des österreichischen faschistischen „Gewerkschaftsbundes“. Sie haben bereits beachtliche Erfolge erzielt. In bestimmten Sektoren des Gewerkschaftsbundes wird durch die von der christlichen Diktatur ernannten „Gewerkschaftsobleute“ den Untergebenen und Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes die (nationalsozialistische, Red.) Volkspresse aufgetrocknet (Oesterreichische Arbeiterbewegung, Wien, 20. Feber 1937). Der von der Diktatur ernannte Leiter der faschistischen Metallarbeiterorganisation Zinbardi und der Vizepräsident des „Gewerkschaftsbundes“ Lengauer haben gemeinsam mit 700 Industriellen und Intellektuellen eine Petition für Genehmigung eines nationalsozialistischen „Deutschesozialen Vereins“ unterzeichnet. Zinbardi, der auch kurze Zeit Staatssekretär für Arbeiterfragen war, verfügt über einigen Anhang in der Bürokratie der Einheitsgewerkschaft. Der Vorsitzende des „Gewerkschaftsbundes“, der ehemalige christliche Gewerkschaftler Staub hat sich schon an die Öffentlichkeit wenden und (am 13. Feber in Salzburg) in einer scharfen Erklärung gegen diese mit den Nazis sympathisierenden „Führer des Gewerkschaftsbundes“ Stellung nehmen müssen. Diese „nationalbetonten Gewerkschaftler“ wollen in Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Stellen, die ehemaligen christlichen Gewerkschaften verdrängen. — In den faschistischen Angestelltenorganisationen ist der Einfluß der Nazis besonders stark. Das Monatsblatt der „Gewerkschaft der Angestellten in Industrie und Bergbau“ z. B. erscheint seit Jänner mit einem dem Abzeichen der Deutschen Arbeitsfront nachgebildeten Symbol: 3 aneinandergesetzte Haken in einem Jahrsrad; am Hakenkreuz steht hier nur noch ein Haken.

Aufrüstung in Ägypten. Das ägyptische Kabinett bewilligte die Summe von 100.000 Pfund Sterling für die Beschaffung von Kriegsmaterial.

Die Nazi-Propaganda in der Schweiz macht in der letzten Zeit wieder besonders böses Blut. Die nationalsozialistische Pressekorrespondenz in Luzern, die sich „Eidgenössische Korrespondenz“ nennt, treibt ungeniert nationalsozialistische Propaganda und mischt sich unter der Flagge der Besorgtheit um die Schweiz fortgesetzt in deren innerpolitische Verhältnisse ein. Natürlich wird auch überall „Volkswissen“ gewittert, obwohl jedes Kind weiß, daß die kommunistische Bewegung in der Schweiz kaum eine Rolle spielt und ihr Einfluß gerade in der letzten Zeit besonders zurückgegangen ist. Die Baseler Nationalzeitung, die den Nationalsozialisten täglich die Wahrheit sagt, wird als — bolschewistisch bezeichnet, und die Luzerner Korrespondenz geht so weit, daß statt eines der „schmutzigsten Pressezeugnisse“ zu nennen. Der „Internationalen Pressebüro“, der mit der Eidgenössischen Korrespondenz zusammenhängt, treibt die Goebbels-Propaganda in der Schweiz noch viel ärger und unerbüßelter und beteiligt sich auch an dem Pressefeldzug gegen Oesterreich. Die Schweizer Blätter machen aus ihrer Empörung über diese nationalsozialistische Agitationszentrale kein Geheimnis und fordern ein Eingreifen der Behörden.

Ausland

Wer war Borchgrave? Und warum Vandervelds das Kabinett verließ

Man erinnert sich, daß vor wenigen Wochen die spanische Volksfrontregierung 1 Million Francs Schadenersatz an Belgien gezahlt hat, weil ein „belgischer Diplomat“ namens Borchgrave in Madrid erschossen worden war.

Soeben ist unser bekannter Genosse Camille Huysmans, Präsident der belgischen Kammer, aus Madrid heimgekehrt. Er unterbreitete dem Außenminister Spaals das Ergebnis eigener Ermittlungen, daß nämlich jener Borchgrave kein Diplomat, sondern ein Abenteuerer war und nicht von spanischem Militär, sondern von belgischen Landstleuten erschossen worden ist, weil sie sich seiner Spionagetätigkeit für die Rebellen vergewissert hatten. Der Minister erklärte, wenn die genaue Untersuchung diese Feststellungen bestätige, so werde Belgien

die Million der spanischen Regierung zurückstellen. Huysmans hat natürlich auch dem Parteivorstand ausführlich berichtet, u. zw. folgendes:

Borchgrave war ein gewisserloser Geschäftemacher. Mit anderen betrieb er feinerzeit in Belgien eine Art Arbeiter-Partei, in die 6000 Personen rund 85 Millionen Francs einzahlten. Sie alle sind um ihr Geld gekommen. Die Durchführung wurde — zu spät — als in voller Unordnung erkannt. Borchgrave verfiel vor dem drohenden Strafprozeß nach Spanien. Dort schwindelte er einer Bank 10.000 Pesetas heraus, wofür er eingesperrt wurde. Wieder gelang es ihm, zu entkommen. Er blieb in Spanien und war Vertreter der deutschen Autowerte DMB. Als die belgische Volkspartei wegen der Gefährdung durch die Francoflieger Madrid verließ, erwirkte er bei dem Volkshafier, daß ihm das Haus anvertraut wurde. Er stand in eifrigem Verkehr mit einem französischen Nachrichtenagenten und mit der Internationalen Brigade. Zugleich aber kreuzte er mehrmals in einem Auto mit der Aufschrift „Arzt“ die Front, auf deren anderen Seite er seine Freunde hatte, denen er Nachrichten brachte, die der Rebellenartillerie die Richtung

Prager Zeitung

„Unter Zusage der Ehe“ — aber einmal umgekehrt

Prag. — Auf die Nichterhaltung der „Zusage der Ehe“ pflegen sich im allgemeinen nur jüngere oder ältere Damen zu berufen, die aus dem Verrat ihres ungeirren Liebsten einen materiellen oder moralischen Schaden abzuwenden bemüht sind. Anders in diesem, vor dem hiesigen Bezirksgericht verhandelten Fall. Hier berief sich ein Mann darauf, daß ihn seine Geliebte und Braut durch Nichterhaltung eines gegebenen Ehevorsprechens betrügerisch geschädigt habe. Dieser Mann ist Kammerfegermeister und in reichlich geübten Jahren. Er machte die Bekanntschaft eines um 20 Jahre jüngeren Mädchens und nach einiger Zeit kam es zur Verlobung. Ehe die Ehe offiziell auf dem Standesamt bestätigt wurde, zogen die beiden zusammen und lebten in gemeinsamem Haushalt. Eines Tages erklärte die Braut, sie müsse nach Hause fahren, um ihre Aussteuer in Ordnung zu bringen. Ihr Bräutigam begleitete sie auf den Bahnhof, drückte ihr noch eine Tausendfronennote in die Hand, damit sie sich zu Hause nichts abgeben lassen müsse und kehrte in sein verdientes Heim zurück, wo er schuldlos die Tage bis zur Rückkehr seiner Braut und Gefährtin zählte. Er wartete lange Zeit und mit steigender Unruhe, bis schließlich ein Brieflein eintraf, in welchem ihm die Braut kurz und faßlich mitteilte, sie habe sich die Sache überlegt und trete von der Verlobung zurück.

Tief gekränkt wühlte der verlassene Bräutigam nichts Besseres zu tun, als gegen die Braut die Strafanzeige wegen Heberleiung des Verlobungsgeldes zu erheben, wobei er sich darauf berief, daß ihm durch das Zusammenleben Auslagen entstanden seien, die er nie auf sich genommen hätte, wenn er gewußt hätte, daß die Ehe nicht zustande kommen werde. Besonders die beim Abschied geschenkte Tausendfronennote tat ihm ungemein weh.

Vor dem Richter erklärte die Angeklagte mit großer Jungensfertigkeit, es könne von irgendeiner „Itzigen Vorpiegelung“ überhaupt keine Rede sein. Sie hätten zusammen gelebt und es sei selbstverständlich, daß der Mann die Kosten des Zusammenlebens zu tragen habe. Was sie sonst von dem getrennten Bräutigam bekam, einschließlich jener Tausendfronennote, seien freiwillige Geschenke gewesen. Das Gericht sprach die Angeklagte natürlich frei, zur großen Enttäuschung des Bräutigams, der sich auf solche noble Art an der Ungetreuen sein Mühen fählen wollte.

Drei Jahre schweren Kerkers für einen nicht vollendeten Versuch der Anstiftung zum Verbrechen des Diebstahls

Prag. — Urteile solcher Art ergeben nicht häufig. Der 47jährige Theodor Stanzl, der gestern unter Beschuldigung dieses langatmigen Deliktes vor dem Strafsenat Warezel erschien, ist ein hartgeblottener Berufsverbrecher. Während seiner Strafverbüßung im Kantrager Gefängnis machte er die nähere Bekanntschaft eines Mitgefangenen namens Wilhelm Sch., den er alsbald zu bearbeiten begann, um ihn nach der Freilassung als Helfershelfer und Komplizen gebrauchen zu können. Ein tüchtiger Berufsverbrecher trägt in seinem Kopf ständig verschiedene wohlüberdachte Projekte und so konnte er seinem Mitgefangenen Wilhelm Sch. den fertigen Plan zu einem Komplott unterbreiten, der ihnen gleich nach ihrer Freilassung das ansehnliche Summen von einer halben Million Ké verschafft hätte, ein Betrag, der immerhin geeignet ist, Leute in Versuchung zu führen. Ziel des verbrecherischen Anschlages war die Zuvielehandlung Otto Kleins in der Pariser Straße. Der Berufsgauner Stanzl hatte ausdauernd, daß die Verkäuferin allabendlich nach Ladenschluß in einem Koffer Wertgegenstände im Werte von 400.000 bis 600.000 Ké aus dem Laden trug, um sie über Nacht in sicheren Gewahrsam zu bringen. Stanzls Plan war fix und fertig. Der von ihm bearbeitete Mitgefangene sollte der Verkäuferin an einer genau be-

zeichneten Stelle feingelohenen Pfeffer in die Augen schleudern und der Geliebten den Koffer mit dem wertvollen Inhalt entreißen. Er, Stanzl, wollte mit einem Mietauto in der Nähe warten und den Raub in Sicherheit bringen.

Wilhelm Sch. hörte dieses Angebot an und stimmte scheinbar zu. Als beide ihre Strafe verbüßt hatten, stellte sich der alte Verbrecher Stanzl eines Tages in der Wohnung des Wilhelm Sch. ein und erklärte ihm, daß der Plan demnächst durchgeführt werden könne. Er habe bereits einen Chauffeur zur Teilnahme gewonnen, der für die Verstellung des Wagens 10.000 Ké bekommen sollte. Wilhelm Sch. ist aber keine kriminelle Natur und als er sich vor die Entscheidung gestellt sah, zog er es vor, von dem verbrecherischen Anschlag zurückzutreten. Er setzte sich mit dem in Frage stehenden Chauffeur in Verbindung, der gleicher Meinung war. Sie verständigten die Polizei, die Stanzl in dem Augenblick festnahm, als er sich in dem Mietauto an dem vereinbarten Ort einfand. Den zur Inhaftierung des Planes erforderlichen gelohenen Pfeffer hatte er in einem Papierfäßchen mitgebracht. Ansehnlich dieser Sachlage gab es nichts zu leugnen. Theodor Stanzl wurde neuerlich zu drei Jahren schweren und verschärften Kerkers verurteilt.

„Der Kaskadist in Frankreich“, Vortrag von Jean Maurice Hermann, Redakteur des „Revue de Paris“, heute, Mittwoch, um 20 Uhr, Saal des Gewerkschaftsaufbaus, Praga I., Ra Perschke 11. Einladungen: Liga für Menschenrechte, Praga II., Jiráka 13, Telefon 201-71.

Mobilisierung aller Friedenskräfte! Gegen den Krieg! Für das Wohl der Menschheit!

Heute Mittwoch Frauentagskundgebung um 19 Uhr im Steinersaal

Referentinnen: Gen. **Gusti Schaffer** und Abg. **M. Jurnečková**

Kunst und Wissen

Dirigenten-Wechsel im Deutschen Theater. Der bisherige Operndirektor des Grazer Stadttheaters, Karl R a n f l, wurde nach seinem einmütig gelobten Dirigierenspiel am vergangenen Samstag als erster Kapellmeister an das Prager Deutsche Theater verpflichtet. (Manf wird hier also die Stelle einnehmen, die früher Professor Sall innehatte. Dieser scheidet damit aus der festen Bindung an dieses Institut und soll im kommenden Jahr nur zu gelegentlichen Dirigierauftritten herangezogen werden.) Manf hat sich in Österreich, Deutschland und in der Tschechoslowakei (als Operndirektor in Reichenberg) einen ausgezeichneten Namen erworben; und da er auch menschlich herzlichste Sympathien zu verdienen scheint, darf seine Verpflichtung an das Prager Deutsche Theater von uns aufrichtig begrüßt werden.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch halb 8: Popja, B. 2. — Donnerstag halb 8: Treff A, Erstaufführung, C. 1. — Freitag halb 8: Gioconda, D. — Samstag halb 8: Der Freischütz, halb 8: Jean, Gastspiel Leopold Kramer und Pepi Glöckner, Abonnement aufgehoben. — Sonntag halb 8: Matura, halb 8: Aida, Gastspiel Justy Björling, C. 1.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Mittwoch 8: Menschen auf der Fischölle, vollständige Vorstellung. — Donnerstag 8: Xyel an der Himmelsküste, vollständige Vorstellung. — Freitag 8: Photographieren verboten! — Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Alarm im Radio, Erstaufführung, 11: Wie es Euch gefällt, Vorstellung des Bühnenklubs. — Sonntag 2: Salzburg ausverkauft, 8: Jean, Gastspiel Kramer-Glöckner.

der Arbeit. Aber die Regierung griff hart durch. Sie ließ die Unternehmer wissen, daß sie keinerlei Verzögerung dulden werde, sie sollte dann den früheren sozialistischen Kammerabgeordneten Jean Locquin als „Generaldelegierten“ des Ministerpräsidenten für die Weltausstellung des Jahres 1937 ein, dessen Hauptaufgabe darin besteht, dafür zu sorgen, daß die Ausstellung rechtzeitig fertig wird. Blum hielt schließlich vor zwei Wochen selbst an die Arbeiter auf den Baustellen eine Ansprache, in der er auf die Wichtigkeit hinwies, die die Ausstellung für die Volkswirtschaft habe, und in der er betonte, daß die Regierung auf der Ausstellung den Besuchern das Frankreich der Schaffenden zeigen wolle. Vor einigen Tagen wurde auch der Grundstein für den Pavillon der Freien Gewerkschaften (Vorstand: Léon Jouhaux) gelegt. Jetzt verfügte die Regierung sogar, daß für die Ausstellungsarbeiten nur Arbeiter neu eingestellt werden dürfen, die Mitglieder der Freien Gewerkschaften sind. Das wird damit begründet, daß einzig diese die nötige fachliche Eignung der Arbeiter gewährleisten können.

Die französische Reaktion ist erbittert. Erst wandte sie sich gegen die Einführung der vierzigstündigen Woche auf den Baustellen der Ausstellung. Doch ist diese seit Mitte Dezember überall eingeführt. Dann ließen die Unternehmer, als Ende Dezember ganze a ch t Bildhauer (von den damaligen 4800 Arbeitern!) anderthalb Tage lang streikten, riesige Artikel in der ihnen willigen Presse über Arbeiterstreiks bei der Ausstellung veröffentlichen. Diese Artikel wurden in der

Die Sozialistische Jugend, (Kreis Prag), gemeinsam mit der Mládež socialistně demokratická, veranstalten am 14. März, um 10 Uhr vormittags im Kino „Il Vejvodů“ eine einmalige Vorführung des Films:

Madrid in Flammen

Karten zu Ké 2.— und 4.— bei den S. J. Funktionären. Der Reinertrag wird zugunsten der Opfer des spanischen Bürgerkrieges verwendet.

Sport-Spiel-Körperpflege

Dem Zusammenschluß-Verbandstag entgegen

Jede Woche vor dem Verbandstag bringt für die Atus-Kreise und -Bezirke Tagungen und Kurse, denn bis Ostern muß der erste Teil des Arbeitsplanes bewältigt sein. Die Leitung des 6. Kreises hat in ihrer letzten Sitzung u. a. beschlossen, ein „Ab-schluß-Stipendium“ auf der roten Schanze und eine Kreis-Geräte-Ausleihung durchzuführen. Das letzte Winterportfest wird Ostermontag stattfinden, der Kreistemmenschaftswettbewerb zwischen den besten Turnern und Turnerinnen aller Bezirke findet am 2. Mai im Vergarberheim in Falkenau statt. Die Kreis-Spartenleiter werden am 11. April zu einer großen Arbeitstagung ausgemangelt. Diese Tagung wird die Beschlüsse des Verbandstages



Zum Namenstag
Zu Ostern

Die Lieferung übernimmt jedes Urquell-Restaurant oder Depot 1960

Metern auscheiden, der Sturm drückte den Springer in der Luft, so daß er fürzte. Sieger im Springlauf wurde Werner E s k a (Währing), sein bester Spring war 66 Meter und überbot damit den Schanzenrekord, welchen seit dem Bundeswinterportfest der D. J. Sportler S t o d a mit 64,5 Metern inne hatte. An zweiter Stelle platzierte sich der Eibenberger Baumgartl und Dritter wurde der Währinger Bill E s k a, welcher 40, 47,5 und 52 Meter sprang. Der Sieger im Jugendlauf S c h ü b (Währing) brachte er sogar auf 41, 48 und 53,5 Meter. Leider wohnten diesem Sportereignis nur wenige Zuschauer bei, was vor allem auf die kurze und schwache Propaganda zurückzuführen ist.

Vereinsnachrichten

Das Frauenturnen ist infolge des Frauentages verschoben worden und wird am Donnerstag von halb 7 bis halb 8 Uhr sein. Alle Turngenossinnen mögen an der Frauentagskundgebung (siehe Ankündigung) teilnehmen.

Kinderfreunde, Prag, Freitag, 12. März, abends 8 Uhr, im Parteilheim Ausschusssitzung wegen des Osterlagers der Roten Falten.

Schon diesen Samstag, den 13. März, veranstaltet der Einheitsverband der Privatangehörigen im großen Saal der „Lucerna“ einen **Platzkampf** unter der Devise „Die Welt der Arbeiter“. Außer den bewährten Musikkapellen der Kollegen „Garba, Ceaj und SOS“ wirken in der Mitwirkenden im Rahmen einer Jazzschau mehrere bekannte Jazzkapellen mit, unter anderen Harry Gardn und Harry Oten und der populäre Humorist Berent Futurista. Eintritt inklusive Steuer 10 Ké.

Werner Eska springt 66 Meter!

Das Vereinswinterportfest des Atus Joachimsthal reicht mit seinen sportlichen Ergebnissen an die großen Winterportkonkurrenzen heran. Die am Sonntag vormittags durchgeführten Läufe liefen unter schwerem Schneesturm, dennoch meisterte der Währinger S a u s e r die schwierige 15-Kilometer-Strecke in 1:18 Std. vor den drei Joachimsthalern Wöllner, Uble und Friedl. Ein Ereignis war das Springen am Nachmittag. Leider mußte schon am Vormittag der ausichtsreichste Springer Böhm (Atus Silberbach, früher Schwaderbach) nach einer Probe sprung von 48



Jeanette Macdonald im Film „San Francisco“

Ein Tatsachenbericht aus den berüchtigsten Konzentrationslagern

„Staatliches Konzentrationslager VII von M. H i n r i c h s gebunden Ké 48.— „Dachau“ von Walter G o r n u n g gebunden Ké 54.—

Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Buchwesen Praga XII., Sleská 13.